

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Wortprotokoll
85. Sitzung
Berlin, den 9.02.2009, 12:00 Uhr,
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus,
Sitzungssaal: 2.600

Vorsitz: Edelgard Bulmahn, MdB

Öffentliche Anhörung
zu der Vorlage

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung
und Stabilität in Deutschland

- Drucksache 16/11740 -

Sachverständige:

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, Dr. Mehrdad Payandeh, Dr. Dierk Hirschel

ZDH Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V., Dr. Alexander Barthel

BDI Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Dr. Werner Schnappauf

KfW Kreditanstalt für den Wiederaufbau, Werner Genter

DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., Dr. Martin Wansleben

Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro, Universität Mainz

Prof. Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg

Dr. Rudolf Zwiener, IMK in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Hans D. Barbier, Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.

Beginn der Sitzung: 12:38 Uhr

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Herren und Damen Sachverständigen ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Anhörung. Ich freue mich sehr, dass Sie es trotz der kurzfristigen Einladung möglich gemacht haben, uns mit Ihrem Wissen und Ihren Erfahrungen zur Verfügung zu stehen. Dies ist uns ein ganz besonderes Anliegen, weil wir hier doch über ein Konjunkturprogramm, über ein Paket zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland, sprechen, das eine wirklich große Bedeutung hat für unser Land, eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, eine große Bedeutung für hunderttausende von Arbeitsplätzen und damit auch eine große Bedeutung für das Leben vieler Menschen.

Wir möchten mit Ihnen heute vor allen Dingen die Fragen erörtern und diskutieren, welche Wirkungen können wir von diesem Paket für die wirtschaftliche Entwicklung sowohl der kleinen und mittleren Unternehmen erwarten, aber auch für wichtige Branchen unserer Volkswirtschaft. Ich nenne nur das Stichwort „Automobilbranche“. Wir möchten von Ihnen aber auch hören, wie wir erreichen können, dass diese Mittel, die wir hier zur Verfügung stellen, auch möglichst zügig und zielgerecht eingesetzt werden. Auch das ist uns ein wichtiges Anliegen, weil wir eben erreichen möchten, dass diese Mittel auch tatsächlich kurzfristig die Wirkung entfalten und durch Ihren gezielten Ansatz auch langfristig mit dazu beitragen, dass wir aus dieser Krise wieder gestärkt hervorgehen. Deshalb haben wir auch im Deutschen Bundestag und auch innerhalb der Bundesregierung sehr intensiv darüber diskutiert, für welche Branchen diese Mittel eingesetzt werden sollen und wie das Verfahren ist. Wir wären Ihnen sehr dankbar für Hinweise, die sich von daher sowohl auf die Struktur des Programms, aber auch auf die Verfahrensumsetzung beziehen, beides ist wichtig, wenn die von mir am Anfang genannten Ziele tatsächlich mit diesem Programm erreicht werden sollen.

Die Einzelsachverständigen, wie auch die Verbände, haben uns Stellungnahmen zukommen lassen. Diese Stellungnahmen liegen den Kolleginnen und Kollegen auch allen vor.

Ich möchte nur noch eine Erläuterung zum Verfahren der Anhörung geben. Angewandt wird das sogenannte „Berliner Verfahren“; das ist so organisiert, dass entsprechend der Stärke der Fraktionen jede Fraktion eine bestimmte Befragungszeit hat, die sich natürlich auf die Gesamtfragezeit gründet. Das heißt konkret, dass die CDU/CSU z. B. in der ersten Fragerunde 22 Minuten zur Verfügung hat, die SPD 22 Minuten, die FDP 6 Minuten, DIE LINKE. 5 Minuten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5 Minuten. Wir haben das Ganze in zwei Fragerunden geteilt.

Ich muss darauf hinweisen, dass diese Zeitverteilung immer die Antworten mit umfasst. Ich will gleich hinzufügen, dass ich bei den kleinen Fraktionen nicht auf die Minute schaue, aber trotzdem müssen wir sehen, dass die Zeitverteilung angemessen erhalten bleibt.

Soweit zur Erläuterung und zur Einführung in unsere heutige Anhörung. Damit eröffne ich die Fragerunde und gebe zunächst der Fraktion der CDU/CSU das Wort. Herr Dr. Fuchs.

Abg. Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU): Wir beschäftigen uns zuerst einmal mit dem Themenkomplex „Sicherung der Kreditversorgung“. Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Barbier: wir denken jetzt darüber nach 100 Mrd.- Kredite und Bürgschaftsprogramme aufzulegen. Glauben Sie, dass so etwas überhaupt nötig ist oder sehen Sie die Gefahr einer Wettbewerbsverfälschung, die durch Vergabe an einzelne Unternehmen durchaus gegeben ist? Was müssten wir bei einer solchen Umsetzung beachten? Wäre es notwendig, dass wir strenge Kriterien hineinbringen, damit es eben nicht zu Wettbewerbsverfälschungen kommt? Denn das ist ein Punkt, der mich da sehr umtreibt.

Zweite Frage an Frau Professor Weder di Mauro und zwar mir geht es um das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, was ja erstaunlicherweise bis jetzt nicht so stark in Anspruch genommen wurde, wie wir es eigentlich erwartet hatten. Da sind jetzt so 100 Mrd. Euro abgeflossen, aber nicht mehr. Müssen wir da nachbessern? Was müsste da nachgebessert werden? Und in dem Zusammenhang sollte man vielleicht auch einmal kurz streifen, ob es nicht schon genügend Möglichkeiten gäbe - auch über das Aktienrecht -, wenn der Bund der Meinung ist, er müsste sich an Unternehmen beteiligen, ob man da nicht andere Regelungen finden kann, als über Enteignungen zu gehen. Ich halte davon gar nichts.

SV Dr. Hans D. Barbier (Ludwig-Erhard-Stiftung): Es ist eigentlich nicht ganz untypisch für Konjunkturprogramme der jüngeren Zeit, dass sie eine Neigung bekommen, strukturiert zu sein. Dass bestimmte Branchen, von denen man annimmt, dass die Menschen deren Produkte ganz besonders schätzen, entbehren oder in einer sonstigen Beziehung zu ihnen stehen, glaubt besonders fördern zu müssen. Das ist hier natürlich ganz besonders ausgeprägt. Man braucht ihnen diese Stichworte nicht zu nennen. Wenn das Abdichten von Bungalows ein gesonderter Teil des Konjunkturprogramms wird, kann man sich vorstellen, dass das nicht ganz diskriminierungsfrei sein kann. Von dieser Art gedachter Verteilung, was die Menschen brauchen, was auch vielleicht besonders konjunkturwirksam sein könnte, ich will es nicht bestreiten, ist dieses Programm geprägt. Das ist die eine Besonderheit, dass es eigentlich vorher so nie war. Also so spezifiziert bestimmte Dinge zu fördern, andere Dinge nicht zu fördern, daran kann ich mich bei einem Konjunkturprogramm eigentlich nicht erinnern. Das mag an mir liegen.

Daneben kommt eben die, ich glaube für uns, die Erstmaligkeit. Unsere Sorge ist ja nicht die Konjunktur so sehr, unsere Sorge ist, dass über die Finanzen, über den Finanzkrach die Wirtschaft zusammenkracht. Da entsteht natürlich eine Mischung, von der man sagen muss, das haben die Politiker, haben Sie, auch nicht gelernt, wie man damit umgeht, aber ich meine auch sagen zu dürfen, dass das Ergebnis auf ein besonderes Maß an Ungelertheit schließen lässt. Also die Öffentlichkeit wird täglich mit neuen Sorgen konfrontiert. Die Sorge des Finanzministers, dass die öffentliche Verschuldung Überhand nimmt, ist sicherlich nicht unberechtigt. Die Sorge, dass Banken zusammenkrachen und wir ein Phänomen kriegen, das fernab aller Zyklik und normaler Konjunktur liegt und daneben dann die Konjunktur. Und als viertes Element dann immer noch die Besorgnis, mit unterschiedlicher Verve vorgetragen aus der Politik, ob das auch alles in ein schönes Bild von Einkommensverteilung passt, also z. B. die meiner Meinung nach Unterdotierung des Konjunkturpaketes durch eine Steuersenkung und die Art und Weise, wie die Steuersenkung instrumentalisiert ist, lebt sicherlich sehr viel mehr von der Besorgnis um das Bild der Einkommensverteilung, als von der Besorgnis um das Bild der Konjunktur.

Sve Prof. Dr. Beatrice di Mauro (Universität Mainz): Der SoFFin ist meines Erachtens tatsächlich in einer schwierigen Situation. Wir sind nach wie vor in einem fallweisen Vorgehen. Wir haben einmal eine Diskussion über die Commerzbank, dann haben wir eine Diskussion über die HRE und sind letztlich immer noch nicht in der Lage, ein globales Konzept zu haben dafür, wie wir mit dem Bankensystem umgehen wollen. Verheerend sind dann aber solche Diskussionen wie allgemeine Enteignung, Verstaatlichung oder Bad Banks für alle. Was es bräuchte, und was der SoFFin leisten müsste, wäre eine klare Differenzierung je nach Art von Bank, ob es sich um eine A, B oder C Bank handelt. Wenn es so ist, dass eine Bank C also insolvent ist und der Steuerzahler schon einen Großteil der Risiken hat, dann sind per Definition die Aktien der Alteigentümer wertlos. Daraus muss nicht folgen, dass man enteignet ist. Es kann über das Aktienrecht tatsächlich andere Möglichkeiten der Verbesserung geben, über die der Staat dann nachher das Risiko für den Steuerzahler minimieren muss. Aber das ist dann klar der Fall für die C Bank. Darüber darf keine Diskussion entstehen, allgemein zu verstaatlichen, erst recht nicht über das Bankensystem hinaus. Da sind wir dann endgültig in großen ordnungspolitischen Problemen, wenn so etwas geschehen würde. Also die C Banken, die müssten abgewickelt werden und wenn der Steuerzahler die Risiken trägt, da muss er meines Erachtens einen Weg finden. Meines Erachtens müsste das über das Aktienrecht gehen. Man muss dann halt eine spezielle Lösung finden für Banken, die sich unterscheidet von denen von Unternehmen, um das zu bewerkstelligen.

Die B Banken, denen gehört mindestens so viel Aufmerksamkeit geschenkt und von den B Banken - da sind geborene Mitglieder alle, deren Risiken schon beim Steuerzahler sind. Dazu gehören von Anfang an alle Landesbanken. Da gibt es keine Frage von Übertragung von Risiken von Privaten zum Steuerzahler. Die sind schon beim Steuerzahler. Es ist nur noch eine Frage, wie sich diese verteilen über die Zeit und wie sie sich verteilen zwischen Bund und Ländern und allenfalls eben auch noch über die Sparkassen, wie stark die Gemeinden auch noch an den Verlusten beteiligt sind. Bei den B-Banken braucht es ein Gesamtkonzept. Bei den Landesbanken braucht es ein Gesamtkonzept. Meines Erachtens wäre eine gemeinsame Bad Bank für die Landesbanken durchaus denkbar mit einer Verteilungsregel zwischen Bund und Ländern. Bei anderen B-Banken, dazu gehören private Banken, wäre zu überlegen, falls es notwendig wird, die Bilanzen auf der Aktivseite weiter zu bereinigen und an Versicherungslösungen wie das englische System zu denken.

Und schließlich gibt es noch die A Banken, bei denen der Steuerzahler keine Risiken übernimmt, wenn diese Bad Banken oder andere Lösungen anstreben, dann können sie das in eigener privater Regie tun.

Vielleicht noch einmal zusammenfassend, wir brauchen dringend eine Unterscheidung in A, B, C, das kann nur der SoFFin leisten. Dazu müsste er aber sehr viel stärker aufgestellt sein, als er es heute ist, sehr viel mehr eigene Entscheidungskompetenz und technische Kompetenz haben und dann sind wir auf dem Weg zu einer Globallösung und nicht zu diesen fallweisen verheerenden Diskussionen, die wir ständig wiederhaben.

Abg. Franz Obermeier (CDU/CSU): Jetzt möchte ich doch noch einmal nachfassen. Frau Professor Weder di Mauro, wenn Sie diese Eingruppierung so machen wollen, dann hege ich doch erhebliche Zweifel. Denn wir haben ja jetzt schon eine Erscheinung, die darauf hinausläuft, dass das Bankenge-

schäft so heterogen verläuft und die Kreditbedingungen so weit auseinander liegen. Es ist alles gestört und die Ursachen liegen in dem jetzigen Instrument, „im Schirm“ sagt man. Wenn Sie jetzt diese Eingruppierungen machen, dann tritt ja der klassische Fall der Wettbewerbsverzerrung auf zwischen den A, B und C Banken. Gut, wenn Sie sagen, die C Banken würden dhnehin abgewickelt, fürchten Sie denn nicht, dass es zu erheblichen Verwerfungen am Finanzmarkt in Europa, mindestens in Europa käme, wenn man das so instrumentalisiert.

Sve Prof. Dr. Beatrice di Mauro (Universität Mainz): Die Verwerfungen haben wir ja schon. Die Frage ist jetzt, wie können wir damit so umgehen, dass möglichst wenige Risiken schlussendlich beim Steuerzahler landen und möglichst schnell wieder ein funktionierendes Bankensystem auf die Beine gestellt wird. Diese beiden Ziele müssen wir immer vor Augen haben.

Wenn wir weitermachen wie bisher, dann sehe ich die Gefahr, dass man zu viele Risiken versucht irgendwie unter den Tisch und unter den Teppich zu kehren, insbesondere im ganzen Fall der B Banken, dass man denkt, die könnten irgendwie von selber schon eine Lösung finden, vielleicht auch zusammenfinden, was nicht die Erfahrung zu sein scheint. Deshalb meine ich, der SoFFin muss sehr viel stärker reingehen und das sehr viel schneller lösen. Genau, um das zu verhindern, was Sie sagen, nämlich eine andauernde Verstopfung des Bankensystems und des Kreditkanals, dass der Staat in den Ziehfällen die Gesamtverantwortung übernimmt und diese geordnet abwickelt. „Geordnet“ muss eben gerade darin bestehen, dass man das nicht à la Lehman macht, überraschend und plötzlich alle Gläubiger sich am anderen Tag der Tatsache bewusst werden, dass ihre Forderung nichts mehr wert sind, sondern eben in einer geordneten Form muss es auch die Insolvenzwahl geben für die Bank.

Abg. Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU): Ich wollte an Herrn Dr. Wansleben und an Herrn Dr. Schnappauf noch zwei Fragen stellen, Herr Dr. Barbier hat das eben etwas mehr, sagen wir mal theoretisch beantwortet, diese Frage zu diesem 100 Mrd. Euro-Programm. Sehen Sie aus der Warte des BDI bzw. des DIHK in diesem Programm die Gefahr von Wettbewerbsverfälschungen? Also, wenn man jetzt ein Unternehmen der Automobilbranche als Zulieferer heftig fördert, aus welchen Gründen auch immer, dann gibt es sicherlich auch in Deutschland dazu Wettbewerber. Wir haben schon in der Presse von Herrn Fehrenbach gehört, dass der sich gegen Förderung der Scheffler-Gruppe in irgendeiner Weise heftig gewehrt hat. Wie weit ist diese Problematik für Ihre Bereiche sichtbar? Gibt es da in den Verbänden schon erste Gegenwehr oder Diskussionen über diese Programme oder wie müssten die Programme gestrickt werden, damit solche wettbewerbsverfälschenden Instrumente nicht passieren können.

Zweiter Punkt, da würde mich interessieren, ob der DIHK bzw. der BDI Rückmeldungen von seinen Mitgliedern hat, wie das mit der berühmten Kreditklemme aussieht? Aus meinem eigenen Bereich habe ich da mittlerweile schon einige Erfahrungen und kann eigentlich nur bei den größeren Mittelständlern feststellen, weil ABS oder HSBC oder so etwas, keine Kredite mehr vergeben, bei denen die Problematik angekommen ist. Aber bei den Mittelständlern, den normalen Mittelständlern, ist die Problematik meiner Meinung nach noch nicht da. Ich würde gerne von Ihnen hören, was Sie an Erfahrung haben und was wir denn eventuell noch an den vorhandenen Paketen noch ändern müssten, damit diese Problematik nicht auftritt? Denn das scheint mir ein zentraler Punkt zu sein, dass uns nicht pas-

sieren darf, dass der Mittelstand nicht mehr mit Krediten versorgt wird und dementsprechend dann Investitionen nicht gemacht werden und das natürlich auch direkte Folgen für die Arbeitsmarktproblematik hat.

SV Dr. Martin Wansleben (DIHK): Zu erstens, Herr Dr. Fuchs, ist ganz klar, der Staat darf sich nicht an Unternehmen beteiligen. Der Staat kann sich nur beteiligen, wenn es sich um Systemprobleme handelt, die wir gerade oder ausschließlich im Bereich des Finanzmarktes sehen.

Wir müssen ganz klar sehen, selbst wenn die Konjunktur besser wird, der Finanzmarkt bleibt uns mit seinen Problemen erhalten. Das wird uns noch Jahre beschäftigen. Deswegen muss der Staat sich hierauf beschränken. Ein Gutstück der Legitimation des Staates besteht in der Beschränkung seiner Tätigkeit. Er würde sich völlig übernehmen, wenn er glaubt, hier einzelne Unternehmen retten zu können. Deswegen ist es so unglaublich wichtig, dass dieses Bürgschaftssystem über die Geschäftsbanken abgewickelt wird. Es ist wichtig, dass die Geschäftsbanken selbst im Risiko bleiben, d. h. also keine politische Abwägung von irgendwelchen Bürgschaften stattfindet, sondern, dass das über die Geschäftsbanken vernünftig gemacht wird. In dem Zusammenhang vielleicht noch der Hinweis, dass natürlich auch die Bürgschaftsbanken Geld brauchen, um ihrerseits den zusätzlichen Bürgschaften überhaupt gerecht werden zu können.

Zum zweiten Themenkomplex, wir machen regelmäßig Umfragen. Wir haben bei der Kreditversorgung jetzt auch mindestens drei Themen auseinander zu halten, wie überhaupt in der ganzen Situation: Konjunktur, strukturelle Situation in einzelnen Branchen oder von einzelnen Unternehmen und die Kreditmarktproblem oder die Kapitalmarktprobleme. Konjunkturbedingt gibt es einige Unternehmen, die jetzt Schwierigkeiten haben, Kredite zu bekommen. Ich sage aber ganz deutlich, das ist auch ganz normal. Wenn man selbst Schwierigkeiten hat Aufträge zu kriegen, dann ist es immer schwierig, Kredite zu kriegen. Am besten kriegt derjenige Kredite, der sie gar nicht mehr braucht. Das zweite ist strukturell. Alles, was im Moment mit Kfz-Industrie zu tun hat und unmittelbare Zulieferer leider bis hin zu Teilen des Maschinenbaus hat jetzt Probleme, hat strukturelle, hat konjunkturelle Probleme. Der entscheidende Satz ist, alle Umfragen zeigen, dass es für die normalen Unternehmen nicht eine flächendeckende Kreditklemme gibt. Es gibt Geld, nicht zuletzt auch Sparkassen und Volksbanken und Raiffeisenbanken geben Geld, das ist also kein generelles Problem. Wir haben teilweise schlechtere Bedingungen, auch das ist normal in einer schwierigen konjunkturellen Situation. Insofern muss man sagen, bei aller Nachbesserungspflicht - ich teile die Auffassung, die Frau Professor Weder di Mauro genannt hat, SoFFin zumindest oder die Aktivitäten im Umfeld und mit dem SoFFin dazu beigetragen, dass einiges von dem, was wir auch befürchten mussten, so nicht eingetreten ist.

Vielleicht noch ein Satz. Es gibt schon einen Punkt der strukturell bei der ganzen Bankenrettungsgeschichte Sorgen bereitet. Auf der einen Seite verlangt die Beseitigung der Krise, so gravierende Entscheidungen, dass es nur auf nationaler Ebene mit maximaler politischer Legitimation durchgeführt werden kann. Sozusagen „Auge in Auge mit dem Wähler“. Die europäische Ebene ist dazu nicht geeignet. Auf der anderen Seite führen diese nationalen Maßnahmen zur Rettung oder zur Bewältigung der Probleme auf dem Kapitalmarkt, zu einer Renationalisierung der Kapitalmärkte und deswegen gibt es überall da Schwierigkeiten, wo große Investments- und große Einzelprojekte finanziert werden müssen, weil eben internationale Bankenkonsortien so einfach im Moment nicht zustande kommen.

SV Dr. Werner Schnappauf (BDI): Herr Dr. Fuchs, zunächst zur ersten Frage, Wettbewerbsverfälschungen. Die Gefahr ist sicher angelegt. Deshalb muss der Gefahr auch ganz konkret begegnet werden. Wie kann dieser Gefahr begegnet werden? Da stimme ich mit dem Kollegen Dr. Wansleben völlig überein, dass man die Geschäftsbanken im Modell drin lässt und insbesondere die Bewertungsverfahren der Geschäftsbanken nutzt. Es ist ein ausgesprochen großes Anliegen des BDI, dass man im bestehenden System bleibt, dass man also nicht etwas Neues aus dem Boden stampft, neue Strukturen schafft, um dieses Kredit- und Bürgschaftsprogramm abzuwickeln, sondern, dass man im System der Geschäftsbanken und der KfW dieses Programm abwickelt und dafür ganz klare Kriterien im Vorfeld entwickelt. Denn es kann und darf nicht dazu kommen, dass dann Einzelfallentscheidungen, wie auch immer im Einzelfall politisch motivierte Entscheidungen getroffen werden, sondern es sollte sich ganz klaren Beurteilungskriterien orientieren.

Zur zweiten Frage: Kreditklemme. Der BDI hat mehrere Umfragen durchgeführt, um diesem Phänomen nachzugehen. Derzeit haben wir keine Kreditklemme flächig im ganzen Land, aber wir haben allüberall die Verschlechterung von Konditionen. Kredite werden teurer und die Anforderungen an Sicherheiten werden höher. Das ist, wie Kollege Dr. Wansleben gesagt hat, sicher auch noch normal, dass in einem solchen Umfeld Banken entsprechend vorgehen. Allerdings sehen wir mit Sorge, dass sich die Rahmenbedingungen eher weiter verschlechtern, als entspannen. Wir haben eine jüngste Umfrage gestartet zu Projektverschiebungen, Projektstornierungen. Es ist sehr schwer, hier zu quantifizieren, aber von der Tendenz her lässt sich sagen, dass immer mehr Projekte auf die lange Bank geschoben werden, weil insbesondere für größere Projekte mit längeren Kreditlaufzeiten es derzeit zunehmend schwierig wird, entsprechende Kreditvolumina zu akquirieren. Also selbst AA-Kredite von DAX 30-Unternehmen in Deutschland tun sich gegenwärtig schwer, für größere Projekte mit längeren Laufzeiten entsprechende Kreditvolumina zu bekommen. Wir sehen als einen Schlüssel für die Lösung dieser Situation, was Frau Professor Weder di Mauro eben schon angesprochen hat, dass es Wege geben muss, dass Wege gefunden werden, um die Toxic Papers aus den Bilanzen der Banken herauszubekommen. So lange das nicht der Fall ist, wird die Kreditmittelversorgung der Wirtschaft nicht wieder voll ins Laufen kommen und ohne ausreichende Liquidität laufen wir in ein zunehmend größeres Risiko hinein, das ganze Branchen abschmierem. Deshalb ist hier eine geeignete Lösung zu finden, die nach Meinung des BDI, nicht eine vom Steuerzahler finanzierte sein kann, sondern Modelle, wie sie eben von Frau Professor Weder di Mauro beispielsweise schon angesprochen wurden. Aber es muss ein Weg gefunden werden, den Banken diese Auslagerung der Toxischen Papiere zu ermöglichen, sonst wird die Kreditmittelversorgung zu einem echten Flaschenhals.

Abge. Ute Berg (SPD): Ich hätte zunächst eine Frage an Herrn Dr. Payandeh vom DGB. Sie haben Ihre Stellungnahme sehr breit gefasst, an alle Ausschüsse praktisch gegeben. Ich konzentriere mich jetzt auf den Teil, der den Wirtschaftsbereich umfasst. Sie unterstützen insbesondere die investiven und direkt konsumtiv wirkenden Teile des Konjunkturprogramms. Sie sagen, das wirkt sich hinsichtlich der Beschäftigung und Wachstum am ehesten aus und Sie erwarten diesen Effekt nicht von den Steuer- und Abgabensenkungen, weil Sie sagen, da geht auch ein Großteil in die Sparquote hinein. Das vielleicht ganz kurz vorweg. Sie vermuten jetzt, dass sich, so kritisch Sie sich auch mit einzelnen

Teilen des Konjunkturprogramms auseinandersetzen, dass doch ohne dieses Konjunkturprogramm die Arbeitslosigkeit sich spürbar erhöhen würde und das ist jetzt meine Frage – um das einordnen zu können -, können Sie das quantifizieren auch und können Sie angeben, in welchem Umfang der öffentliche Haushalt dann belastet würde, wenn eben Arbeitslosigkeit sehr stark ansteigen würde oder stärker ansteigen würde durch Einbußen aus Steuerausfällen einerseits und auch durch höhere Kosten, die ja entstehen, die die Arbeitslosigkeit sowieso verursacht?

SV Dr. Mehrdad Payandeh (DGB): Zuerst können wir die Auswirkungen der Krise ohne die beiden Konjunkturpakete beziffern. Das sind unterschiedliche Einschätzungen, die hinsichtlich der Wachstumseinbrüche im Gespräch und in der Diskussion sind. Wenn wir die offiziellen Zahlen nehmen, - das wäre dann ohne Konjunkturpaket - werden wir einen Wachstumseinbruch von 2,75 % haben. Das ist auch die offizielle Angabe der Bundesregierung. Die Bundesregierung geht von einem Wachstumseinbruch von 2,25 % trotz der beiden Konjunkturpakete aus. Wir beziffern dadurch, das geht einher, einen Minderanstieg der Arbeitslosigkeit um 250.000 d. h., wir erwarten einen Wachstumseffekt von beiden Konjunkturpaketen von jährlich 0,5 %. Da muss man verschiedene Szenarien gegenrechnen, wenn man jetzt vom schlimmsten Fall, was die Deutsche Bank prognostiziert hat, wenn man von einem Wachstumseinbruch von 4 % ausgeht, dann hat man einen Wachstumseinbruch von 3,5 %. Die Kosten werden noch zu beziffern sein. Wir gehen davon aus, dass jeder Prozentpunkt Wachstumseinbruch zum BIP-Einbruch von 15 Mrd. Euro führt und pro Arbeitlosen haben wir Kosten, die vom IRB berechnet worden sind, in Höhe von 18.000. Dabei ist alles eingeschlossen. Je nachdem, welches Szenario eintritt, und wenn der Worst Case eintritt, würden das dann 18 Mrd. Euro an Kosten sein. Ohne Wachstumspakete würden die Kosten noch höher ausfallen. Wir rechnen sogar mit 50 bis 100 Mrd. Euro an haushaltswirksamen Mindereinnahmen, die damit dann auch verbunden sind. Insofern ist das Konjunkturpaket natürlich ein positives Signal. Allerdings sehen wir, dass Teile, die Sie bereits angesprochen haben, sehr kostspielig sind und wenig bewirken, das sind z. B. die Steuersenkungen. Diese bewirken makroökonomisch fast nichts. Ich würde mich wundern, wenn es etwas bewirken würde. Bei niedrigen Einkommensgruppen, wenn man das auf einen Monat umrechnet, sind das Beträge, die 2 Euro bis 2,50 Euro ausmachen. Das ist nicht wirksam. Bei höheren Einkommensgruppen bis zu einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro würde der Betrag um die 20 Euro bis 25 Euro im Monat liegen. Unten, wie auch oben, merken die Haushalte nichts. Insofern ist dieser Posten für uns Geldverschwendung, dieses Geld hätte man lieber für investive Ausgaben tätigen können, das wäre sinnvoller gewesen. Das ist unser Kritikpunkt, dass die Steuersenkungen nichts bringen. Wir hätten uns auch gewünscht, dass nachfragewirksame Ausgaben langfristiger angelegt worden wären. Dies hätte man machen können. Das ist ebenfalls ein Kritikpunkt. Die angedachte Anhebung der Hartz-IV Sätze bei Kindern begrüßen wir sehr. Das ist die Schicht, wo das Geld eins zu eins in den Konsum wieder hineinfließt und entsprechend auch konjunkturwirksam ist. Wir kritisieren - ich glaube, da sind sich viele einig, auch von Seiten der Arbeitgeber -, dass die Maßnahmen oft erst später greifen. Das wird erst in der zweiten Jahreshälfte der Fall sein. Nichts desto trotz begrüßen wir sehr die Bürokratieabbaumaßnahmen. Das ist nämlich sehr wichtig, dass Entscheidungen selbst getroffen werden und Investitionen schnell getätigt werden können. Dennoch gehen wir davon aus, dass diese Maßnahmen erst später greifen, da wir in der ersten Jahreshälfte kaum Maßnahmen haben, die zu einer positiven

Veränderung führen d. h. diese Wechselspiele zwischen Finanzmarktkrise und Wirtschaftskrise, da sehen wir die Gefahr, dass, bis die Maßnahmen greifen, der Absturz einem freien Fall gleich kommt und dementsprechend sagen wir, dass der psychologische Faktor hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung darauf negativ einwirkt und dementsprechend auch das gewünschte Ergebnis nicht erreicht wird. Darin sehen wir das Problem. Das war die Antwort zu der Frage, die Sie gestellt haben.

Abge. Ute Berg (SPD): Vielleicht noch eine kurze Nachfrage. Sie haben jetzt gerade im zweiten oder mittleren Teil dargestellt, dass Sie eben die Steuer- und Abgabenerleichterungen nicht für gut hießen. Unsere Frage war ja, was es gekostet hätte, wenn wir dieses Konjunkturpaket so nicht gemacht hätten. Letztlich war Ihr Resümee gewesen, dass es im Prinzip noch teurer geworden wäre. Die Staatsverschuldung wäre dann z. B. auch deutlich gestiegen, das ist logischerweise auch eine Konsequenz. Auf der anderen Seite kritisieren Sie uns, weil wir praktisch nicht genug Geld in die Hand nehmen. Ist es nicht so, dass dieser Mittelweg, auf der einen Seite Stützung der Konjunktur und auf der anderen Seite verträgliche Schulden anhäufen, dass dieser doch der richtige Weg ist? Wir sehen das sozusagen, als Kompromiss an als einen verträglichen Mittelweg. Können Sie dazu ganz kurz noch was sagen?

SV Dr. Mehrdad Payandeh (DGB): Ich akzeptiere das. Das ist eine politische Konstellation und man muss einen Kompromiss finden. Aber das Problem ist, wenn die Krise schneller und tiefer kommt, werden die Mindereinnahmen wesentlich höher sein als die Verschuldung, die man jetzt in Kauf nimmt, um mehr Geld auszugeben für kräftigere Konjunkturmaßnahmen. Historisch gesehen, da können Sie jeden Abschwung in der Welt verfolgen, ist der Versuch im Abschwung zu sparen oder zu sagen, dass bestimmte Schuldenquoten festgeschrieben werden, oft nicht erreichbar. Wenn der erwartete Aufschwung nicht erreicht wird und ein Abschwung tiefer ist, dann haben Sie Mindereinnahmen, die dazu führen, dass trotzdem z. B. das Verschuldungskriterium überschritten wird, obwohl Sie auch darauf geachtet haben, dass die Verschuldung nicht steigt. Unser Anliegen ist zu sagen, es ist besser jetzt die Verschuldung zu erhöhen, mehr in Beschäftigung und Wachstum zu investieren. Das sorgt dafür, dass praktisch die Einnahmeausfälle nicht in dem Ausmaß ausfallen, wie im Falle einer zurückhaltenden Investition. Wobei wir, das möchte ich nochmals ausdrücklich unterstreichen, dieses Konjunkturprogramm begrüßen, weil ohne dieses die Kosten wesentlich höher gewesen wären und dementsprechend die Verschuldung sowie die Beschäftigungseinbußen.

Abge. Doris Barnett (SPD): Meine Frage geht sowohl an die KfW, als auch an den ZDH. Wir haben in dem zweiten Konjunkturprogramm Mittel für die Kommunen genehmigt, damit die in die energetische Sanierung gehen, um damit einen doppelten und dreifachen Effekt zu erzielen: Arbeitsplätze sichern, Energie sparen und die Kommunen entlasten. Wir haben im ersten Konjunkturprogramm auch schon mal die Mittel für die KfW aufgestockt, damit gerade auch die Kommunen sich relativ preiswert Geld leihen können, wenn sie jetzt auch nicht ganz so verarmt sind, wie man ja manchmal den Eindruck haben könnte. Es soll ja auch Kommunen geben, die aufgrund der Gewerbesteuerreform heutzutage ganz gut dastehen. Wie sind denn Ihre Erfahrungen mit den beiden Paketen? Sind diese richtig angelegt oder könnten wir da noch etwas besser steuern, dass der Nachfrageeffekt ent-

sprechend groß ist oder gibt es da auch Probleme mit den durchleitenden Banken, die die Kredite da weitergeben?

SV Werner Genter (KfW): Probleme mit durchleitenden Banken, dazu ist zu sagen, dass wir die Kredite an die Kommunen direkt vergeben, also nicht über zwischen geschaltete Banken. Insofern gibt es hier das Problem definitiv nicht. Ich möchte allerdings kurz darauf hinweisen, dass das „Konjunkturprogramm I“ ja ein Sonderprogramm für kommunale Investitionen, für strukturschwache Gebiete auflegt. Die Umsetzung steht kurz vor der Tür, das ist bis jetzt noch nicht umgesetzt. Strukturschwache Gebiete, das werden auf jeden Fall alle GA-Gebiete der verschiedenen Kategorien, sprich der Gemeinschaftsaufgabe sein. Im Rahmen dieses ersten Teils werden wir Kommunen finanzieren, aber auch kommunale Unternehmen und gemeinnützige Vereine, da gewähren wir in der Regel die Kredite über Banken. In der Regel funktioniert das hier auch ganz gut. Zum Stichwort, ob das Programm richtig angelegt ist: Im „Maßnahmepaket II“ der Bundesregierung gibt es ja Zuschüsse, da ist kein Kreditbestandteil vorgesehen. Mir ist bis jetzt eine Kleinigkeit im Gesetz aufgefallen. Da soll jetzt die Kombination der Zuschüsse mit klassischen KfW-Krediten ausgeschlossen werden. Also das Sonderprogramm des „Maßnahmepakets I“ ist zugelassen, aber die KfW bietet als Basisfinanzierung ein Kreditprogramm an, was relativ nah am Kapitalmarkt ist. Da steht jetzt im Gesetz, dass diese Kombination hinsichtlich der Zuschüsse und der KfW-Finanzierung nicht vorgesehen ist. Das ist vielleicht ein Thema, das man noch mal schauen sollte. Ansonsten finde ich es richtig und sinnvoll, hier die Mittel für die Kommunen bereitzustellen, denn das Investitionsverhalten der Kommunen ist, wenn Sie mal die Dekaden in Deutschland vergleichen, kontinuierlich und deutlich zurückgegangen und auch im internationalen Vergleich sind die kommunalen Investitionen relativ niedrig. Insofern halte ich es für wichtig, dass hier ein deutlicher Akzent gesetzt wird, dass die Kommunen investieren, dass jetzt nicht durch die Finanzkrise die Steuereinnahmen der Kommunen zurückgehen und dass vermieden wird, dass Investitionen zurückgestellt werden. Es muss umgekehrt vorgegangen werden, so dass die Kommunen die Investitionen vorziehen und jetzt realisieren. Insofern halte ich fest, dass es hier Kreditprogramme gibt und dass es auch diese Zuschussmittel gibt.

SV Dr. Alexander Barthel (ZDH): Bezüglich der bisherigen Ausgestaltung der kommunalen, energetischen Sanierungsfähigkeit stützenden Maßnahmen haben wir im Rahmen dieses Konjunkturpakets keinerlei negative Rückläufe. Wir haben natürlich auch für den privaten Wohnungsbereich, nicht minder in Hinblick auf diese Triade Mittelausweitungen begrüßt und unterstützen dahingehend auch die weitere Aufstockung der diesbezüglichen Anstrengungen im Rahmen des zweiten Pakets, im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur verweisen auf das, was Herr Genter schon sagte, und darauf hinweisen, dass wir im privaten Bereich noch die eine oder andere Fallstricke haben, die eine intensivere Umsetzung der Maßnahmen behindern. Stichwort: die Lösung des Vermieter-Mieter-Dilemmas. Der eine muss vorfinanzieren und der andere kriegt den Nutzen. Das hat sich bisher nicht sehr positiv ausgewirkt.

Abge. Doris Barnett (SPD): Ich habe zu dem Programm noch eine Nachfrage: Uns betrübt natürlich auch etwas. Wir stellen so und so viel Geld zur Verfügung und dann könnte man natürlich auf die Idee

kommen, weil es einen Engpass gibt und die Handwerker das gar nicht schnell genug abarbeiten können, dass man es über den Preis etwas steuert, dass man es halt etwas teurer macht. Gibt es Ihrer Meinung nach Mitnahmeeffekte und zweitens beobachten Sie, dass z. B. die Dämmstoff-, die Glas- und Heizungsindustrie mit ihren Produkten teurer werden, um jetzt die Gelegenheit zu nutzen, Preisanpassungen zu machen? Jetzt weiß ich bloß nicht, wer der richtige Ansprechpartner für die Frage wäre.

SV Werner Genter (KfW): Dieser Mitnahmeeffekt ist bei Förderprogrammen immer ein Thema, aber Herr Dr. Barthel hat ebenfalls das Thema energetisches Sanieren im Wohnungsbereich schon angesprochen. Hier begrüße ich ausdrücklich, dass die Förderung auch längerfristig angelegt ist. Hier sind ja die Haushaltsmittel für die Jahre 2009, 2010 und 2011 bereitgestellt worden und da sind auch politische Aussagen, bis 2015 zu fördern. Ich halte das für ein wichtiges Signal für die produzierende Industrie und auch für das Handwerk, dass man sich darauf einstellt, dass hier eine dauerhafte Nachfrage besteht. Ich möchte aber auch ergänzend darauf hinweisen, denn ich glaube, es ist auch wichtig in der Situation auch vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass es gelingt die Investitionen auf dem Niveau des Jahres 2008 zu halten. Auch das ist ja per se schon ein Vorteil, wenn es gelingt das zu halten. Wenn man noch was drauf legen kann, dann ist das positiv. Insofern sehe ich keine Gefahr von Mitnahmeeffekten.

Abg. Martin Dörmann (SPD): Meine Fragen richten sich an Herrn Professor Bofinger und Herrn Dr. Wansleben. Es geht mir um die Gewichtung eines Maßnahmenpaketes, wir haben ja da verschiedene Zielsetzungen und ich würde von Ihnen gerne wissen, wie Sie sozusagen die Gewichtung der einzelnen Maßnahmen in diesem Zusammenhang sehen. Ich würde das mal grob zusammenfassen: Der erste Bereich betrifft die Investitionen, wobei ich da auch die Kredite und Bürgschaften als Zielsetzung hinzufügen würde. Der zweite Bereich ist ja der Entlastungsbereich. Der dritte Bereich ist das, was wir mit Kurzarbeitergeld im Bereich des Arbeitsmarktes tun. Der vierte Bereich betrifft Maßnahmen, die auf die branchenbezogen sind, Stichwort Umweltprämie und der fünfte Bereich ist ja eine Begrenzung der Verschuldung, denn natürlich könnte man noch mehr Geld ausgeben. Das sind fünf Gesichtspunkte, die man in gewisser Weise auch im Zusammenhang sehen muss und meine Frage an Sie wäre, ob es aus Ihrer Sicht richtig wäre, erstens auf ein Maßnahmenpaket mit verschiedenen Wirkungsrichtungen zu setzen und zweitens, ob Sie da die Gewichtung auch als richtig ansehen. Wir hatten beispielsweise die Diskussion auch schon mal hier im Ausschuss, da ging es um den Multiplikatorenwert, der konkrete Maßnahmen angeht. Ich glaube, dass man den nicht nur allein bewerten kann, sondern dass man vielleicht psychologische und branchenbezogene Effekte hinzunehmen muss. In diesem Zusammenhang würde mich auch interessieren –wir haben ja auch ein Grundproblem in Deutschland- die hohe Exportabhängigkeit, wo wir ja auch nur mittelbar Stützungsmaßnahmen machen können. Wir können uns in vielen Bereichen ja mehr auf den Konsum konzentrieren. Wenn Sie das in Ihrer Antwort noch mit einbeziehen?

Prof. Dr. Peter Bofinger (Universität Würzburg): Ich möchte mit dem letzten Punkt bezüglich der Exportabhängigkeit beginnen, die in der Tat ein Problem darstellt. Wenn Sie sich die Frühindikatoren

der OECD ansehen, dann stellen Sie fest, dass mittlerweile der Einbruch stärker ist als in G7 oder in den USA. Das heißt also, die Amplitude ist ausgeprägter und das hat sehr viel mit der Exportabhängigkeit zu tun. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, dass man sehr viel mehr noch als bisher die internationale Kooperation in der Wirtschaftspolitik sucht. Ich glaube, das ist ein Defizit in der schwierigen Situation, dass versucht wird national aktiv zu sein, -was wichtig ist und was ich auch unterstütze- aber ich meine, dass man die internationale Kooperation noch stärker und sichtbarer vorantreiben müsste. Das ist auch noch ein ganz wichtiges psychologisches Element in der jetzigen Situation, dass für die Unternehmen und für die Bürger klar ist, es wird hier nicht nur national agiert, sondern es wird international auch in konsistenter Weise kooperiert. Da ist aus meiner Sicht ein großes Defizit und ich glaube, dass man auch überlegen muss, ob man da nicht versuchen sollte, ad hoc-Formen zu finden außerhalb von dem, in dem sich G20, G7 oder G8 bewegen, ähnlich wie das auch Helmut Schmidt in den 70-iger Jahren gemacht hat. Wir brauchen Gremien, wo auch die Chinesen mit dabei sind, aber wahrscheinlich kleiner als die G20. Da meine ich, sollte sich die Bundesregierung ganz intensiv Gedanken machen, wie man in dieser Situation deutlich mehr machen kann, als es bisher der Fall ist. Wie gesagt, wenn Sie die Indikatoren-situation für Deutschland ansehen, dann haben wir jetzt bei den aktuellen Indikatoren wirklich einen sehr besorgniserregenden Befund. Wir haben jetzt in Deutschland einen Abschwung, der über eine Intensität von 74 und 75 hinausgeht und das wäre für mich ein erster Punkt, wo man auch wirklich mal unabhängig von diesem Paket versuchen sollte, mehr zu tun. Und wenn es nur die Psychologie wäre, das wäre auch schon viel wert. Man sollte nur mal rüberbringen, was denn alles schon gemacht wird und von wem das gemacht wird, so dass das zusammen passt. Das halte ich für einen entscheidenden Punkt. Ein Punkt, das auch noch mal vor die Klammer gezogen, ist, dass - was auch schon gesagt wurde - es nicht nachvollziehbar ist, warum die Maßnahmen im Abgabebereich erst in der zweiten Jahreshälfte beginnen und dann auch noch mal verstärkt im Jahr 2010. Das sind dann 6 Mrd. in der zweiten Jahreshälfte und 12 Mrd. für das Jahr 2010, das passt nicht zu der Diagnose. Die Diagnose ist eine Abwärtsspirale, die man auch als keynesianische Situation bezeichnen kann, die möglichst früh und möglichst voll gestopft werden muss und deswegen passt das Timing nicht dazu. Man muss das ja mal sehen, wir haben im Sachverständigenrat Anfang November darauf gedrängt, ein umfangreiches Programm in die Wege zu leiten. Das hat dann zwei Monate gedauert, bis das dann auch voran gebracht wurde und dass man dann noch mal eine Verzögerung einbaut, die dann noch mal ein halbes Jahr Verzögerung mit sich bringt, das ist nicht nachvollziehbar. Ich meine wirklich, in Anbetracht der dramatischen Situation sollte man überlegen, dass man vielleicht eine Form findet, wie man diese steuerlichen Entlastungen mit Abschlagszahlungen voranbringt. Jedenfalls auf das zweite Halbjahr zu warten, ist ein Fehler, zumal die Investitionen ja auch eine zeitlang brauchen, bis die mal kommen. Ich meine, es wird unbürokratisch gemacht, aber die Investitionen kann ich ja auch nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln. Daher rate ich dringend das Timing noch mal zu überprüfen, ob man das nicht besser machen kann. Was jetzt das Spektrum angeht, würde ich sagen, das deckt sich mit dem, was wir auch beim Sachverständigenrat vorgeschlagen haben, dass man eben nicht nur auf eine Maßnahme setzt, denn in der Tat, wenn man nur Investitionen hat -dann glaube ich auch-, dass man mit den Dämmstoffen, den Fenstern, dem Dach und den Dachdeckern allmählich in Schwierigkeiten kommt. Ich habe jetzt ja auch nicht gesagt, dass man weniger an Investitionen machen soll. Ich finde

es gut, dass es diversifiziert ist und wir sehen ja auch bei dem privaten Verbrauch ziemliche Schwächezeichen. Die ganze Story mit dem guten Weihnachtsgeschäft war einfach falsch. Der private Verbrauch ist im Dezember weiter nach unten gegangen, wenn die Saison bereinigt ist. Das heißt, dass der private Verbrauch auch schwach ist. Deswegen ist es richtig, dass man auch Abgaben und Entlastungen vornimmt. Ich habe immer eine Sympathie gehabt für die Konsumgutscheine, aber gut, das ist ja jetzt auch so beschlossen, da soll man auch nicht weiter darüber nachdenken. Kurzarbeitergeld halte ich für einen ganz zentralen Punkt, der in der öffentlichen Diskussion auch nicht so prominent dargestellt wird, wie er es verdient hätte, denn das ist wirklich eine Maßnahme, die dazu beiträgt, dass die Abwärtsspirale gestoppt werden kann, d. h. eine Maßnahme, die dazu beiträgt, dass Schocks, die die Unternehmen treffen, sich jetzt nicht am Arbeitsmarkt weiter fortsetzen und dass diese Schocks nicht den Arbeitsmarkt, den Einzelhandel und sonstige Bereiche der Binnenwirtschaft treffen. Deswegen würde ich sagen, dass diese Maßnahmen wirklich sehr gezielt und an der Stelle angesetzt sind, wo wirklich das Problem besteht. Das ist eine Maßnahme - wie ich finde -, die noch eine prominentere Darstellung in der Öffentlichkeit verdienen könnte, als das im Augenblick der Fall ist. Bei der Umweltprämie sind wir, glaube ich, im Bereich der Behavioral Economics. Als ich das, das erste Mal gehört habe, da dachte ich, na ja. Ich glaube jedoch, wenn die Menschen in Deutschland das Gefühl haben, dass man Steuern irgendwie sparen kann, dass sich dann irgendwie acht rationale Teile des Gehirns ausschalten und die restlichen zwei irrationalen dann anfangen aktiv zu werden und wenn das wirkt, dann ist es gut so. Es ist ja in der Tat auch wichtig, dass man jetzt gezielt insbesondere bei der Automobilindustrie Dinge tut. Die Umweltprämie steht so jetzt nicht im Lehrbuch, aber vieles ist eben auch Psychologie und das scheint da auch funktioniert zu haben. Begrenzung der Verschuldung, das wäre ein eigenes Thema. Ich persönlich halte es für problematisch, dass man jetzt mit der Föderalismusreform die Verschuldungsmöglichkeiten der Länder abschafft und die des Bundes stark eindämpft, denn das bedeutet faktisch, dass die privaten Haushalte, wenn sie für ihre Altersvorsorge sparen und wenn sie sichere Anlagen haben wollen, dass sie ausländische Staatsanleihen kaufen müssen. Das ist ja auch logisch. Die deutschen privaten Haushalte sparen jährlich 120 Mrd. Euro netto. Wo sollen sie das Geld jetzt bitte unterbringen? Die deutschen Unternehmen sind bisher in der Lage gewesen und machen das auch überwiegend netto immer noch so, ihre Investitionen aus Gewinnen zu finanzieren. Da kann man nicht viel von den 120 Mrd. Euro abladen. Wenn der deutsche Staat das nicht mehr macht, dann sind 20 Mrd. immer noch da, dann können sie im Ausland bei irgendwelchen Immobilienkäufen das Geld anlegen, das war dann aber auch nicht so gut. Wenn jetzt die privaten Haushalte also sicher ihr Geld anlegen wollen, bleibt der ausländische Staat, d. h. was Sie hier machen mit der Föderalismuskommission, ist eine Verpflichtung der deutschen Haushalte, sichere Anlagen nicht mehr im Inland, beim deutschen Staat, sondern bei ausländischen Staaten zu tätigen. Ich meine, darüber sollte man noch einmal nachdenken.

SV Martin Wansleben (DIHK): Herr Dörmann, das ganze Maßnahmenpaket hat ungefähr 310 Euro pro Einwohner pro Jahr. Mehr ist das ja nicht. Da wird schon deutlich, wie sehr man sich konzentrieren muss, denn 310 Euro auf viele Töpfe verteilt, bringt irgendwann gar nichts mehr. Ich sage nur mal, mit den 310 Euro werden wir uns aus den Problemen nicht rauskaufen können. Da hilft alles nichts. Ich konzedere, dass die Situation so ist, wie sie ist und ein Konjunkturpaket psychologisch und offensicht-

lich dazugehört. Es ist also keine Initiative zu diskutieren: Machen wir es oder machen wir es nicht? Ihre Frage sticht, ich drehe es deswegen herum. Ich glaube im Hinblick auf die Frage der Freisetzung von Acceleratoren, wäre es jetzt doch wichtig, das, was man im Rahmen der Unternehmenssteuerreform mal ausprobiert hat mit Zinsschranken und mit den Hinzurechnungen von Mieten, Pachten, Zinsen und Leasingraten bei der Gewerbesteuer kurzfristig auszusetzen. Ich befürchte, dass hier die Unternehmen, die keine Gewinne haben und Kostenbestandteile besteuern müssen, ihrerseits Eigenkapital und Bonität verlieren und dann diskutieren wir über eine Kreditklemme, die wir in diesem Fall steuerlich induziert haben. Das zweite ist, die Zinsschranke greift ein, wir haben das inzwischen festgestellt und haben klare Rückmeldungen auch aus dem heimischen Markt, gerade auch im Immobilienbereich. Es ist also nicht so, dass hier nur Großkonzerne getroffen werden, sondern hier geht es auch ganz um die Frage der konkreten Investitionen im Immobilienbereich. Sie haben auch inzwischen hier in Berlin Beispiele, wo die Finanzierungssituation so nicht mehr durchführbar ist. Die Frage der Investitionen ist immer schwierig, weil die Produktionsfunktionen einer Volkswirtschaft bei den Deutschen bei weitem komplizierter sind als nur die energetische Haussanierung. Ich mache das bewusst so plakativ. Insofern haben Sie natürlich bei allen Investitionsprogrammen Zufälligkeiten und Sie haben zwingend Mitnahmeeffekte. Die Frage ist, inwieweit die Politik diese ertragen will. Wir hätten uns deshalb gewünscht, dass wir zu Lasten dieser Investitionen die genannten Korrekturen im Unternehmensteuerbereich durchführen. Das Thema Kurzarbeitergeld halte ich für ganz wichtig. Wir hatten außerordentlich gute Gespräche mit dem BMAS im Vorfeld des Paketes zu diesem Thema, wo auch Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter mit am Tisch saßen. Da sieht man, wie pragmatisch so ein Thema ist und wie sehr das in den Unternehmensalltag eingreift. Da kann man sich die eine oder andere Verbesserung vorstellen. Da gibt es z. B. einen Interessenskonflikt: Wenn wir diese Maßnahme zu lang anlegen – ich sage jetzt mal plakativ bis 2012 - dann heißt es: „Aha, die Regierung geht davon aus, dass bis 2012 die Krise ist.“ Das ist das eine Problem. Auf der anderen Seite haben wir natürlich bestimmte Unternehmensbereiche, da nehmen Sie mal die Maschinenbauer, die der Automobilindustrie zuliefern, die nicht davon ausgehen können, dass sie vor 2011 - das schätzen sie selbst - wieder vernünftige Auftragseingänge haben. Für die wäre es eigentlich schon ganz gut, wenn die wüssten, dass das über den Tag hinausgeht, so dass sie keine Panik machen müssen und jetzt nicht vorsichtshalber mal eben ein Kurzarbeitergeld beantragen, sondern dass sie das wirklich bedarfsgerecht machen können. Ich halte es bei dem Thema Kurzarbeitergeld für schwierig zu sagen, wir machen das auf null, wenn ihr weiterbildet. Ich halte die Überlegung für richtig, so weit wie möglich, das Kurzarbeitergeld für die Unternehmen attraktiv zu machen. Ich halte es auch für richtig, das Thema Weiterbildung zu forcieren. Ich befürchte nur, dass durch diese Kombination auf null, wenn ihr weiterbildet, ein Run stattfindet. Die Unternehmen, die die damit verbundenen Bürokratismen am einfachsten stemmen können, nehmen dann alles mit und alle anderen gucken in die Röhre. Ich glaube, dass man hier vor Mitnahmeeffekten aufpassen muss und würde deshalb dem Gesetzgeber sagen: Überlegen Sie mal – vielleicht lohnt es sich auch auf 75 % der Erstattung oder der Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen zurückzugehen. Ich glaube aber, wer Kurzarbeitergeld beantragt, der sollte auch was bezahlen, denn am Ende fallen uns die Mitnahmeeffekte doppelt und dreifach, wenn die Rechnung bezahlt werden muss, auf die Füße. Ich möchte im Zusammenhang mit dem Kurzarbeitergeld auch noch die sachgrundlose Befristung ansprechen. Ich glaube, es gibt ein Problem, bei den-

jenigen, die gerade befristete Arbeitsverträge haben – ich habe zurzeit im Freundeskreis jemanden, der ebenfalls ausläuft - und wo die Frage besteht, ob er übernommen wird oder nicht. Ich glaube, dass es gut und richtig ist, darüber nachzudenken, inwieweit man auf eine ganz pragmatische Weise - ich will jetzt auch keine Grundsatzdiskussion anzetteln - jetzt doch in der Krise sagt: alle diejenigen Verträge, die jetzt auslaufen, können noch mal befristet werden. Wir haben in unserer Stellungnahme pragmatisch gesagt: nehmt das Jahr 2009 und 2010. Ich glaube, dass es wichtig ist, diejenigen, die in Arbeit sind, auch in Arbeit zu halten und nicht aus formalen und künstlichen Erwägungen den Arbeitsplatz zu vernichten, ihnen sozusagen unter den Füßen wegzureißen. Zum Thema Umweltprämie, da sage ich Ihnen, als Autofan bin ich froh, dass das so halbwegs gut geht. Ich glaube dem Braten noch nicht so recht. Ich befürchte, dass eine Subventionierung zwischen Anbieter und Kunde auf Dauer zu einem Verlust an Preisqualität in der Automobilindustrie führt. Da kann man denn sagen, das müssen die mit sich abmachen. Ich will das jetzt auch nicht zu groß in Frage stellen, das wäre falsch, wenn wir jetzt etwas wie so eine kleine zarte Pflanze, die im Moment in den Himmel ragt, zerreden würden. Man muss froh sein, wenn die Menschen kaufen -ich sehe das genauso wie Sie Herr Prof. Dr. Bofinger- und deswegen würde ich das jetzt opportunistisch zurückstellen, sowie alle volkswirtschaftlichen und grundsätzlichen Bedenken und mich freuen, wenn die Automobilindustrie sich freuen kann.

Zum Thema Verschuldung, um das kurz anzusprechen, Herr Bofinger, haben wir eine völlig andere Auffassung. Ich habe große Angst, um es ganz deutlich zu sagen, dass sich die Staaten im Moment übernehmen könnten. Wir sehen das allein in Europa, da gibt es schon so etwas wie ein Standortwettbewerb um die größere Großzügigkeit. Ich halte es für bemerkenswert, wie in diesem Falle die Bundeskanzlerin und der Finanzminister in der Frage stehen und nicht der Beliebigkeit das Wort reden. Ich finde es deshalb wichtig, dass wir die Schuldenbegrenzung machen, Herr Bofinger. Ich gehöre zu denen, die privat vorsorgen müssen und hoffe, dass wir keine Währungsreform kriegen und dass die Politik dafür Sorge trägt, dass der Euro auch noch dereinst etwas wert ist, wenn ich in 20 Jahren aufhören will zu arbeiten. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist, den wir jetzt berücksichtigen müssen. Ich finde, um jetzt den Bogen zu schließen, dass die Verbindung zwischen der Schuldenbremse und dem zarten Bekenntnis zu einer Steuerreduzierung ein wichtiges, auch psychologisches Signal ist. Wir wissen, es kann bei der Belastung nicht nur immer nach oben gehen, wir wissen, dass es auch finanzielle Grenzen staatlichen Handelns gibt. Danach müssen wir uns strecken. Deshalb finde ich das so, wie ich es formuliert habe, für uns besser.

Abg. Paul K. Friedhoff (FDP): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Barbier und Herrn Dr. Wansleben. Können Sie mir aus Ihrer Sicht erklären, wo die positiven Aspekte aus den beiden Konjunkturprogrammen insgesamt liegen? Was werden sie bewirken? Was erwarten Sie dort? Welche Gefahren sind damit langfristig verbunden? Wir machen damit natürlich eine Wettbewerbsverzerrung an verschiedenen Stellen. Wir machen auch eine künstliche Aufblähung, weil wir das sektoral durch die Konjunkturprogramme machen. Wie soll das weitergehen? Kommen wir in all den Jahren, in dem wir jetzt etwas vorziehen, in eine ähnliche Situation? Ist das Ganze aus Ihrer Sicht ausgewogen und was müsste man tun?

Wir haben ja gelernt, dass Konjunkturprogramme in der Vergangenheit nicht ganz so erfolgreich gewesen sind, zumindest habe ich relativ wenig darüber gehört. Die allgemeine Auffassung ist, auch aus

den Zahlen abgeleitet, dass es so ganz erfolgreich nicht war. Was ist diesmal anders? Ist die internationale Abstimmung besser? Wir werden nicht die Weltkonjunktur aus Deutschland wieder nach vorn bringen. Was müsste da mehr passieren?

SV Dr. Hans D. Barbier (Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.): Ich würde gerne die Frage nach der Branchenverzerrung Herrn Dr. Wansleben überlassen. Das muss er eigentlich institutionell besser können als ich. Was mich an der Art und Weise, wie die Bundesregierung und im Wesentlichen auch Teile, der sie stützenden Fraktionen, die Konjunkturprogramme angehen, stört, ist, dass in einer Zeit, wo sich eigentlich alle einig sind, auch wenn sie mit unterschiedlichem Aspekt die Frage beantworten, die Frage nach der Stimulanz. Dass da unterschiedliche Antworten kommen, kann man gut verstehen. Das ist absolut in Ordnung. Davon lebt auch der Wettbewerb in der öffentlichen Debatte, die wir als die Beobachter brauchen. Was mich wirklich an den Rand der Verzweiflung bringt, ist, dass man selbst in dieser so schlimmen Situation, in dieser Mischung aus einer Bankenkrise, aus einer Überschuldung des Staates, aus einem absturzartigen Konjunkturbild nach unten, nicht davon lassen kann, sich über mehr oder weniger abgearbeitete Feinheiten der Einkommensverteilung Gedanken zu machen und das über Wochen. Das ist für einen Beobachter, der kein eigenes Verteilungsbild hat, ich mache mir nicht die Sorgen um die Gewinnbezieher, ich mache mir auch nicht die Sorgen um die Lohnbezieher - ich könnte dem also ganz ruhig zusehen -, nicht nachzuvollziehen, dass dieses Land und diese Parteienlandschaft nicht davon ablassen kann, sich Verteilungssorgen zu machen. Verteilungssorgen kann man sich immer machen, aber nicht jetzt. Das Land steht möglicherweise vier Meter vor dem Abgrund. Dann geht es um die Frage, ob eine Steuersenkung dann so aussehen muss, dass sie unserem Verteilungsbild entspricht. Eine Politik, die so etwas macht, ist für mich über längere Zeit diskreditiert. Dass diese Politik nicht den Mut aufbringt zu sagen, uns interessieren im Augenblick keine Verteilungsfragen, uns interessieren im Augenblick Stabilisierungsfragen. Wenn wir stabilisiert sind und das geschafft haben, wovon wir weit entfernt sind, das zu wissen, kann man über Verteilungsfragen nachdenken. Lassen Sie sich nichts weismachen von Prognostikern, die wissen, dass das alles gut geht. Das ist noch nicht so. Wir sind mitten in der Frage, ob wir dieses Konglomerat von krisenhaften Dingen in den Griff bekommen. Dabei spielt die Frage eine Rolle, dass wir um Gottes Willen nicht eine Steuersenkung entlang des gesamten Tarifes machen, sondern zuallererst an die Bezieher niedriger Einkommen denken. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass an die Bezieher niedriger Einkommen gedacht wird, da bin ich wahrscheinlich auch noch dabei. Aber das kann doch jetzt nicht die Besorgnis sein.

SV Dr. Martin Wansleben (DIHK): Herr Friedhoff, die entscheidende Frage ist, wie wir die Krise bewältigen können. Ist ein Konjunkturpaket so etwas wie weiße Salbe, die sein muss, um klar zu machen, dass etwas geschieht, auch etwas Gutes geschieht? Die eigentliche Beseitigung der Krise ist doch der Mut zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft. Wir haben strukturelle Herausforderungen zu nehmen, sowie den Mut zu einer klaren Handlung bezüglich der Kapitalmärkte. Das ist eindeutig. Nun kann man sagen, Herr Dr. Barbier, wenn da schon so viel Geld hingegeben wird, dann spielt es auch keine Rolle, symbolhaft auf Verteilung zu achten. Denn da fließt im Moment so viel Geld rein, dass man alles tun muss, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Sie haben nach den Effekten gefragt. Wir befürchten, dass im Moment nach Zufall investiert wird. Deswegen würden wir sehr dafür plädieren, stärker erkannte wirkliche Schwerpunkte zu setzen. Stellen Sie sich vor, wir wüssten, dass wir die beste Kinderbetreuung, die besten Kindergärten, die besten Schulen, die besten Universitäten und die beste Forschungslandschaft hätten. Wir würden ganz anders, auch weltweit, mit der Krise umgehen können. Deshalb plädiere ich sehr dafür, alles daran zu setzen, Investitionen auf zukunftsrelevante Felder zu konzentrieren.

Wir beobachten im Rahmen der Investitionen das Problem, dass jetzt beispielsweise die Straße gebaut wird, wo das Planfeststellungsverfahren beendet ist; also es wird die Kreisstraße 111 gebaut, aber nicht der Engpass auf der Autobahn. Wir als DIHK haben uns mal die Mühe gemacht, alle Verkehrszählpunkte durchzugehen. Da gibt es Statistiken, die man sich aus dem Internet herunterladen kann. Die werden wir morgen in der Presse darstellen. Wir haben morgen eine Veranstaltung mit Herrn Tiefensee, um dieses Thema klarzustellen. Wir befürchten, dass jetzt nicht bedarfs- oder engpassorientiert investiert wird und wir nachher weniger in der Kasse haben. Wir investieren nicht in die wahren Engpässe. Wir haben Umgehungsstraßen und Kreisstraßen. Aber die Autobahnstaus bleiben so, wie sie jetzt sind. Das wäre verheerend. Wir wollen ja wieder Wachstum haben und dazu gehört, und das zeigt im Moment die Statistik, eine engpassorientierte Investitionspolitik. Ich habe dargestellt, dass wir sehr dafür plädiert hätten, bei der Unternehmenssteuerreform wichtige Korrekturen vorzunehmen. Ich glaube, es ist am wichtigsten, dass die Unternehmen jetzt handeln können, die noch handeln können. Unsere Rückmeldungen zeigen, dass etwa 20 bis 25 % der Unternehmen sagen: „Uns geht es eigentlich ganz gut“. Also müssen wir alles daran setzen, dass die Vollgas arbeiten und im Übrigen sind das auch die besseren Unternehmenssanierer. Es ist besser, ein gesundes Unternehmen saniert erfolgreich ein nicht so gutes Unternehmen, als dass der Staat sich durch irgendwelche Kredite übernimmt oder sich durch anderweitige Beteiligungen direkt in diesen Umstrukturierungsprozess hineinhängt.

In der öffentlichen Diskussion, dazu habe ich eben schon Stellung genommen, darf jetzt nicht aufkommen, das alles möglich sei. Alle Dämme brechen. Die Erwartungshaltungen können wir nicht befriedigen. Wir kommen in einen völlig desolaten Zustand. Die Politik tut sich auch keinen Gefallen. Die Politik muss mit dazu beitragen, dass die Erwartungshaltung der Wähler rational bleibt, erst recht in diesem komplizierten - Gott sei Dank - freien Wahljahr 2009. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Beim Thema Bürgschaften halte ich es für ganz wichtig, dass der Staat nicht dafür da ist, in der so genannten Realwirtschaft, das ganze Thema Kapitalmarkt haben wir behandelt, Unternehmer zu spielen, sondern muss sich auf eine zielführende Ausweitung von Bürgschaften beschränken. Das muss über den Bankenapparat laufen. Das darf nicht durch regionalpolitisch noch so verständliche Aspekte beeinträchtigt werden. Wir kommen in eine unendliche Schieflage. Es ist überhaupt keine Frage, dass wir im Moment – ich habe es am Beispiel des Kurzarbeitergeldes dargestellt – Diskussionen zwischen Groß und Klein haben. Was sind das eigentlich für Maßnahmen, die da gefällt werden? Warum diskutieren wir immer nur über große Fälle, warum nicht auch über kleine Fälle? Die Akzeptanz des ganzen Prozesses steht und fällt damit, dass wir keine einseitige Verzerrung zugunsten der Großen und zulasten der vielen Kleinen kriegen. Mir macht es schon Sorge, beispielsweise aus dem Unternehmensbereich zu hören, catch as catch can; dass da der Großkunde den kleinen Maschinenlieferanten anruft und sagt, ich habe dir einen Auftrag gegeben, 20 Mio. Maschinen hast du schon in

Anarbeitung, ich sage dir jetzt schon, ich nehme die Maschinen nicht ab, am besten hörst du auf zu produzieren, ich bezahle auch nichts. Ich kenne die Verträge, du kannst mich ja verklagen und musst dann gucken, wie du klarkommst. Entweder du verlierst einen Kunden oder kriegst in zwei Jahren das Geld. Ob du das in zwei Jahren überstehst, wollen wir mal dahingestellt sein lassen. Vor diesem Hintergrund müssen wir sehr wohl aufpassen, dass die Bürgschaftsgeschichten so ausgelegt sind, dass sie wirklich flächendeckend ankommen. Trotz überbordender Bürokratie, die teilweise notwendig ist, es ist ja öffentliches Geld, das man nicht so freihändig verschleudern kann, müssen wir dennoch aufpassen, dass das nicht einseitig an einzelne Unternehmensgruppen geht.

Internationale Abstimmung, Herr Friedhoff, davon würde ich träumen. Ich mache mir auch große Sorgen innerhalb Europas, in unserer Währungs- und Wirtschaftsunion, dass uns hier „die Brocken um die Ohren fliegen“. Auf der anderen Seite hoffe ich und daraus mache ich kein Hehl, dass jetzt viele Staaten agieren und dass von der berühmten unsichtbaren Hand eine gewisse Koordinierung vorgenommen wird. Aber Sorgen kann man sich machen. Eines sieht man am Beispiel Japan: Am Ende haben alle Konjunkturprogramme nichts gebracht. Das Einzige, was wichtig ist, ist die nachhaltige Sanierung, Umstrukturierung, Neustrukturierung des Kapitalmarkts.

Abg. Prof. Dr. Herbert Schui (DIE LINKE.): Zwei kurze Fragen. Die eine geht an Herrn Dr. Zwiener. Zur Wirksamkeit dieser Konjunkturmaßnahmen: Weil ja insbesondere die europäischen Länder recht hohe Importquoten haben - Deutschland mit 32 %, andere größere Volkswirtschaften um die 25 % -, gibt es natürlich in jeder Ausgabenrunde über den Multiplikator erhebliche Sickerverluste. Wie wäre Ihre Einschätzung, wenn alle europäischen Länder ein etwa gleich strukturiertes Ausgabenprogramm machen würden? Würden diese Importe durch höhere Exporte auf Grund des Wachstums bei den Partnern ausgeglichen? Wir reden sonst immer sehr gerne von Globalisierung, auch von der Vereinigung Europas. Die wollen wir ja hinbekommen über den Lissabon-Vertrag. Nun können wir es doch mal so versuchen, das wäre doch viel praktischer.

Schulden: die Frage geht an Herrn Genter. Ererbte Schulden, Schuldenkonsolidierung, Bankensektor usw. Diese Schulden müssten doch konsolidiert werden. Gegenwärtig haben wir noch einen freien weltweiten Kapitalverkehr. Wir haben immer noch einen äußerst liberalisierten Kapitalmarkt. Auflagen gegenüber den Banken sind im Augenblick zwar allgemein in der Debatte, aber durchgesetzt sind sie auch nicht. Um eine Währungskrise zu verhindern, erscheint es mir erforderlich, dass diese Schulden zunächst konsolidiert sind. Ein ordentlicher Gläubiger übernimmt das und wirbelt damit nicht rum und macht damit nicht allerlei zerstörerische Schöpfungen.

SV Dr. Rudolf Zwiener (IMK): Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen: Wir haben es im IMK im Dezember in unserer Prognose einmal durchgerechnet. Was passiert, wenn wir nur das deutsche Konjunkturpaket in seiner Wirksamkeit betrachten oder wenn wir unterstellen, dass andere Länder genau ähnlich strukturierte Programme machen? Da zeigt sich, dass wir ganz andere Multiplikatoreffekte haben. Wir haben auch sehr viel bessere Effekte für die öffentlichen Haushalte. Es schließt sich daran an, was auch Herr Prof. Bofinger schon sagte, dass zurzeit, jedenfalls hier bei dem nationalen Konjunkturprogramm, noch zu wenig auf internationale Koordination geachtet wird. Das ist tatsächlich sehr wichtig. Gerade wir mit unserer extrem hohen Import- und Exportquote sind dringend darauf an-

gewiesen, dass auch andere Länder ähnliche Programme machen. Denken wir nur an die Automobilindustrie. Der kann nur geholfen werden, wenn andere Länder ähnliche Maßnahmen machen wie wir. Es spricht einiges dafür, dass verstärkte Bemühungen unternommen werden, dass zumindest auf europäischer Ebene und darüber hinaus auch in größeren Kreisen, in internationalen Gruppen, versucht wird, darauf zu achten, dass ähnliche Programme aufgelegt werden. Dass den protektionistischen Maßnahmen, die auch in den USA stark angeklungen sind, gleich am Anfang dieser Programme Einhalt geboten wird, das ist ganz wichtig. Deutschland ist eines der Länder, das am meisten darunter leidet, wenn protektionistische Maßnahmen in den jeweiligen nationalen Programmen Einfluss finden. Von daher unbedingt die internationale Koordinierung zu stärken, mindestens auf EU-Ebene ähnliche Programme initiieren.

SV Werner Genter (KfW): Ich kann das unterstützen. Sicherlich ist es sinnvoll und wichtig, dass internationale Konjunkturmaßnahmen durchgeführt werden. Wenn Deutschland das allein tun würde, würde es natürlich nicht die Effekte erzielen. Da sind wir aber international auf dem Weg. Koordination ist sicherlich ein wichtiges Stichwort. Schuldenauflagen von Banken: Mir ist nicht ganz klar, Herr Schui, in welche Richtung Ihre Frage geht.

Abg. Prof. Dr. Herbert Schui (DIE LINKE.): Es ist keine typische KfW-Angelegenheit. Es geht im Prinzip darum, dass das Schuldenvolumen konsolidiert wird. Das heißt, dass nicht so viel damit rumgehandelt wird, weil die kreativen Bankiers sonst einen Riesenunfug damit anstellen. Es müssen Gläubiger sein, die das im Portefeuille halten. Die Zentralbanken könnten gegenseitig Staatsschulden übernehmen, man kann über Staatsfonds debattieren.

SV Werner Genter (KfW): Die Banken refinanzieren sich am Kapitalmarkt. Sie haben durch SoFFin Hilfe bis zu drei Jahren. Wir stellen fest, dass sie sich im längeren Bereich nach wie vor am Kapitalmarkt schwer tun. Da setzen auch KfW-Programme an, die gerade in längere Laufzeiten hineingehen, um die Lücke oder das Problem, das die Banken dort haben, zu schließen, um hier Unternehmensfinanzierungen zu ermöglichen.

Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gern noch einmal auf die Effizienz der Maßnahmen und die Mischung in dem Paket zu sprechen kommen und dazu Herrn Dr. Zwiener und Frau Weder di Mauro befragen. Frau Weder di Mauro hat ja hier schon vor einigen Wochen im Ausschuss erklärt, dass die Multiplikatoreffekte von Steuersenkungen sehr viel geringer sind, als die von Investitionen, das eben auch schon von Herrn Dörmann angesprochen worden ist. Wenn man sich die Effekte anguckt: das IMK hat ausgerechnet, 0,6 % ist die Wirkung der Konjunkturprogramme insgesamt, das IWH hat auch so etwas in der Größenordnung. Insgesamt ist das aber mehr als 1 % des Bruttoinlandsprodukts, so dass man davon ausgehen kann, dass der Multiplikator kleiner als eins ist. Bei Investitionen, sagte Frau Weder di Mauro das letzte Mal, als sie da war, ist der Multiplikator nicht ganz genau zu beziffern, aber sicherlich deutlich größer als 1. Das deutet aber daraufhin, dass die Mittel nicht sehr effizient eingesetzt sind, die hier ausgegeben werden. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, wie das effizienter geht, angesichts der Tatsache, dass von

den 45 Mrd. Euro, ich glaube, das war die Zahl in der Stellungnahme von Frau Weder di Mauro und Herrn Bofinger, gerade mal 11 bis 13 Mrd. Euro für Investitionen sind, was darauf hindeutet, dass man, wenn man ein stärkeres Gewicht auf die Investitionen legen würde, einen höheren Effekt bekommen könnte.

SV Dr. Rudolf Zwiener (IMK): Das ist korrekt. Investitionen haben eindeutig deutlich höhere Multiplikatoreffekte, sie sind deutlich wirksamer. Wenn wir jetzt die Konjunkturprogramme I und II sowie die Pendlerpauschale in das Gesamtpaketvolumen mit hineinnehmen, dann haben wir 65 Mrd., verteilt auf zwei Jahre, 2009 und 2010, und haben davon ungefähr 20 Mrd. öffentliche Investitionen erst einmal auf dem Papier. Aber, der entscheidende Punkt ist, dass die öffentlichen Investitionen erst sehr spät greifen, teilweise auch erst sehr spät greifen können, weil sie Vorlaufzeiten brauchen und einer Unterstützung durch andere Maßnahmen bedürfen. Wir können, auch wenn wir davon ausgehen, dass Investitionen das beste Mittel wären, nicht nur auf Investitionen setzen, sondern müssen Investitionen ergänzen, um kurzfristig wirksame Maßnahmen ergreifen zu können. Ich bezweifle, dass es ausreichende kurzfristige Maßnahmen in dem jetzigen Konjunkturpaket II gibt. Es sind nur kleine Maßnahmen, die jetzt schon z. T. wirken, also im 1. Halbjahr. Aber die meisten Maßnahmen sind erst für das 2. Halbjahr vorgesehen. Eine optimale Verteilung von Maßnahmen wären konsumstärkende Maßnahmen am Anfang, um dann mit einem Übergang von investitionsstärkenden Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte zu beginnen. An der Stelle ist das jetzige Konzept mit seiner Verteilung nicht optimal. Es fehlen vor allem die kurzfristigen Maßnahmen und die Investitionsmittel könnten durchaus noch erhöht werden.

SV Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Universität Mainz): Es ist eine sehr relevante Frage, wie effizient das Paket ist. Die Frage, die man vorher stellen muss, ist, unter welchem Gesichtspunkt ich die Effizienz beurteile. Ist es nur die kurzfristige Multiplikatorwirkung, also wie stark und wie schnell wirkt es heute auf die Konjunktur oder ist es auch die längerfristige Wirkung, beispielsweise auch auf das Wachstum? Wir haben im Sachverständigenrat aus dem Anliegen heraus, beides zu kombinieren, eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik vorgeschlagen und deshalb sind unter diesem Aspekt die Maßnahmen zu beurteilen. Da fallen Entlastungen, Steuersenkungen bei Sozialabgaben durchaus unter Wachstumsaspekten sehr positiv auf. Sie können vielleicht noch etwas vorgezogen werden aus Gründen, die vorher schon genannt wurden. Das Paket ist sinnvoll kombiniert aus einer Kombination von investiven Ausgaben und Entlastungen. Die Investitionen mögen zwar kurzfristig eine größere konjunkturelle Stützung ermöglichen, aber das Thema, das auch schon angesprochen wurde, darf man nicht aus den Augen verlieren, dass es möglicherweise auch zu einem Subventionsprogramm für die Bauindustrie, für die Handwerker und für die Preise der betroffenen Produkte wird. Das will man auch nicht, wenn man zu viel versucht, kurzfristig in diesen Bereich zu schieben. Ich glaube, es ist alternativlos, ein Paket zu bauen und das letzte Element dieses Paketes, nämlich die Schuldenbegrenzung, ist auch ein integrales und alternativloses Element, das auch kurzfristig eine wichtige Wirkung haben kann. Denn sowohl, was die Verunsicherung der Märkte und der Konsumenten, als auch der möglichen Kosten, die das nachher für den Staat bedeutet, anbelangt, wenn der Eindruck entsteht, dass die Verschuldung nicht mehr kontrollierbar ist, hat das nicht nur langfristig negative Wachs-

tumswirkungen und wird langfristig das private Sparen reduzieren. So löst sich nämlich auch das Problem, das wir vorher hatten. Wenn wir langfristig ständige höhere Verschuldung und Defizite haben, dann werden die Privaten einfach weniger sparen. Das gesamtwirtschaftliche Sparen und das Wachstum gehen zurück. Deshalb ist die Schuldenbremse langfristig absolut entscheidend. Aber auch kurzfristig ist das konjunkturell ein stützendes Element in dem Ausmaß, in dem es zu einer Beruhigung der Märkte führt und nicht die Kosten der momentanen Verschuldung erhöht.

Abge. Ute Berg (SPD): Wir haben gerade den internationalen, den globalen Rahmen angesprochen. Darauf zielt auch meine Frage, die ich an Herrn Professor Bofinger stellen will. Wie, glauben Sie, wirken sich die Investitionsprogramme anderer Länder auf uns aus? Wir haben bisher unser Paket immer nur in den Blick genommen. Von den USA her gab es ja schon einmal eine große Aufregung. Das hat sich inzwischen durch Obamas Einschreiten relativiert.

Seit Jahren sind die WTO-Verhandlungen innerhalb der Doha-Runde nicht wirklich vorangekommen. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass es sinnvoll wäre, wenn man dort weiterkommen würde. Wie sollte, Ihrer Meinung nach, die Bundesregierung auf die anderen europäischen Länder Einfluss nehmen, um in dieser Frage etwas weiterzukommen.

SV Prof. Dr. Peter Bofinger (Universität Würzburg): Man sollte bei der Beurteilung der Programme im Ausland nicht bei jedem einzelnen Programm fragen: „Was bringt das jetzt für Deutschland“? Das große Thema international ist sicherlich die Infrastruktur. Da sind wir wahrscheinlich gar nicht so schlecht aufgestellt in Deutschland. Baumaschinen, Lastwagenanhänger und all die Dinge, da haben wir durchaus etwas zu bieten, wenn eine große globale Baunachfrage kommen sollte. Was aus meiner Sicht viel wichtiger ist, dass verhindert wird, dass global durch diese Maßnahmen die Arbeitslosigkeit ansteigt, dass wir große Beschäftigungsprobleme bekommen und daher der private Verbrauch extrem schwach ist. Durch diesen schwachen Verbrauch bekommen wir auch Probleme in der Automobilindustrie. Deshalb fände ich das problematisch, nur diese enge Sicht zu haben und nur guckt, was uns das direkt bringen würde. Für uns ist es wichtig, dass der Wasserspiegel nicht so weit absinkt, sondern eher wieder angehoben wird. Bei dem höheren Wasserspiegel profitieren wir dann auch wieder in Deutschland mit den Produkten, die wir anzubieten haben. Was man sich schon überlegen muss, ist die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik in diesem Jahrzehnt, die doch sehr stark den Export gefördert hat. Wir haben in Deutschland die Konstellation, dass wir heute nicht mehr Binnennachfrage haben, als zum Anfang des Jahrzehnts, 10 Jahre Binnenstagnation – unsere Impulse kommen alle vom Export. Wenn man die Brücke ins Auge fasst, von der die Bundeskanzlerin spricht, dass auf der anderen Seite des Flusses oder des Abgrunds, wie man es auch bezeichnen will, die Dynamik vom Export kommt und wir so weitermachen können und im Binnenbereich nichts machen müssen. Oder muss man sich einfach Gedanken machen, wie man insgesamt eine stärkere Binnennachfrage in Deutschland stimuliert. Da würde für mich dazu gehören, dass man sehr stark im Bildungsbereich aktiv wird und würde auch meinen, dass es vertretbar wäre, ein umfassendes, über fünf oder zehn Jahre erstreckendes Bildungsprogramm zu machen und es vertretbar wäre, dieses zu finanzieren.

Mit der Doha-Runde bin ich nicht sehr befasst.

Abge. Ute Berg (SPD): Ich wollte eigentlich mehr auf den Aspekt hinaus, ob die unterschiedlichen Konjunkturprogramme der Länder untereinander wirken. Dass natürlich auch protektionistische Tendenzen damit verbunden sind – diese buy american-Geschichte – das war mein Punkt. Dass man das versuchen muss - gerade wir als Exportnation müssen daran ein massives Interesse haben –, das zu überwinden. Daher meine Frage nach der europäischen Zusammenarbeit. Wie kann man sich im globalen Welthandel aufstellen?

SV Prof. Dr. Peter Bofinger (Universität Würzburg): Mein Eindruck ist, dass jetzt insgesamt die internationale Zusammenarbeit in den letzten Monaten verbesserungsfähig gewesen wäre und das auch gerade aus meiner Sicht, der Bereich, wo ja Deutschland in der Vergangenheit sehr gut zusammengearbeitet hat, war mit Frankreich. Ich würde sagen, das ist eine Achse, wo auch vieles Positive für Deutschland dann zustande gekommen ist. Denken Sie an das europäische Währungssystem, denken Sie auch an den Euro, d. h. diese Kooperation mit Frankreich und Großbritannien ist aus meiner Sicht in den letzten Monaten nicht optimal gelaufen. Diese trilaterale Kooperation Deutschland, Frankreich und Großbritannien das wäre der Ansatzpunkt, um insgesamt dann auch eine Meinungsführerschaft in der Europäischen Union voranzutreiben. Das ist einfach ungenutzt und da würde ich ein großes Defizit sehen.

Die **Vorsitzende:** Jetzt habe ich selber zwei Fragen. Die eine Frage hätte ich an Herrn Dr. Barthel und an Herrn Dr. Wansleben. Sie haben vorhin auch in Ihren Stellungnahmen auf die Bedeutung der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hingewiesen. Jetzt haben wir auch genau die Möglichkeit vorgesehen, die von Herrn Dr. Wansleben etwas kritisch gesehen worden ist, nämlich der Kombination Kurzarbeit und Weiterbildung. Vor dem Hintergrund, dass wir in der Weiter- und Fortbildung erheblich Defizite und Probleme haben gegenüber anderen Ländern, haben wir ganz bewusst diese Entscheidung getroffen. Ich habe ein wenig den Eindruck, dass es da unterschiedliche Interessenslagen gibt auf Seiten des Handwerkes und der großen Unternehmen, wenn ich das einmal so vorsichtig formulieren darf. Deshalb wäre meine Frage an Sie beide, wie Sie denn die Kombination dieser beiden Möglichkeiten uns vorschlagen würden? Zum einen die Frage an Herrn Dr. Barthel und zum zweiten diese Frage an Herrn Dr. Wansleben.

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Professor Weder di Mauro. In der vorhergehenden Diskussion ist darauf hingewiesen worden, wenn ich das einmal bilanzieren, dass wir eigentlich so vorgehen sollten, dass wir die kurzfristig wirkenden Maßnahmen, das sind z. B. Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge, sehr kurzfristig auch in Gang setzen sollten, also das Timing verändern und nach vorne ziehen. Das halte ich durchaus für einleuchtend. Der zweite Punkt ist, dass wir dann, wenn wir praktische investive Maßnahmen durchführen, sie so durchführen, dass sie nicht praktisch nur zu Preissteigerungseffekten führen, sondern tatsächlich eben auch hier praktisch langfristige Wachstumsschübe in Gang setzen. Ein Schwerpunkt der investiven Programme ist ja der Bildungssektor, was ich für außerordentlich notwendig erachte. Ich sehe allerdings ein schlichtes Problem und ich hätte da einfach die Frage, ob Sie uns da einen Ausweg zeigen können. Wir haben aufgrund der Föderalismusreform hinsichtlich der Änderung des Art. 104 GG das Dilemma, dass wir nicht einfach direkte Investitio-

nen für den Bildungsbereich geben können. Wir müssen diesen Umweg über CO₂-Gebäudesanierung gehen. Es ist ja so -das muss man ehrlicherweise zugeben. Deshalb stehen wir jetzt aber konkret in den Kommunen teilweise vor dem Problem, dass viele der Bildungseinrichtungen in den 60er und 70er Jahren offen gesagt, so gebaut worden sind, dass man am besten das ganze Gebäude abreißt, weil die CO₂-Sanierung viel teurer wäre. Gibt es denn irgendwie eine Möglichkeit, dass wir das dann auch als Gebäudesanierung definieren. Ich meine, was soll's, wir haben Kostenrelationen und Vergleiche von 1,5 mit dem Faktor 1,5. Es ist nicht unbedingt zielführend, wenn wir das ganze Ding für 40 oder 50 Mio. Euro sanieren oder auch bei kleineren Gebäuden kleinere Summen, aber praktisch für eine deutlich geringere Summe das ganze neu bauen könnten. Ich denke, dass wir das wirklich in Bildung investieren sollten, ist völlig unbestritten. Nur leider ist die Gebäudesubstanz nicht so, dass man immer diesen Weg unter ökonomischen Gesichtspunkten gehen sollte. Ganz pragmatische Frage: Gibt es da einen Weg, über den wir das erreichen könnten? Wir wollen ja in der Sache vorankommen und die Mittel auch möglichst sinnvoll einsetzen. Deshalb stelle ich diese Frage, das ist eine sehr praktische Frage und für die Kommunen von erheblicher Relevanz. Herr Dr. Barthel und Herr Dr. Wansleben, wenn Sie etwas dazu wissen, zu der zweiten Frage, würden Sie da vielleicht auch weiterhelfen? Aber da geht es vor allem um die Kombination Kurzarbeit und Fortbildung.

SV Alexander Barthel (ZDH): Ich glaube nicht, dass es hier um Interessensgegensätze, hier Handwerk dort Industrie geht, sondern, dass es eher auch eine Frage der Unternehmensgröße betrifft und die Frage, wie die einzelnen Unternehmen mit diesen Programmen umgehen können.

Die **Vorsitzende:** Das genau war ja der Hintergrund der Frage.

SV Alexander Barthel (ZDH): Dann danke ich Ihnen für die Gelegenheit, das so rasch erkannt zu haben. Wir haben dahingehend etwas Besorgnis bei dieser pauschalen Freistellung des Kurzarbeitergeld-, Zahlungs- und Erstattungsregeln und bei Qualifizierung, das möglicherweise der Qualität des Ganzen nicht unbedingt genüge tun müsste, die Qualifizierung ob der Qualifizierung wahrgenommen würde. Wenn wir unsere Handwerksunternehmen im statistischen Durchschnitt angucken haben sie die Größe fünf, es gibt durchaus größere, sind die für diese Qualifizierungsmaßnahmen erforderlichen, auch administrativen Vorgänge, relativ schwierig darzustellen. Wir haben aus diesem Grund vorgeschlagen, das war damals auch in den Gesprächsrunden im Arbeitsministerium, die hier schon einmal kurz angesprochen worden sind, wir haben den Vorschlag gemacht und nicht nur wir alleine, dass bis zu einer bestimmten Unternehmensgröße - wir hatten damals 50 Beschäftigte vorgeschlagen - die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeitergeld über die 50 % idealiter auf 100 % unabhängig von ergänzenden, zusätzlichen, administrativ schwer bewerkstelligen Qualifizierungsanforderungen ausgestaltet würde. Im Hinblick darauf, wie Sie den § 104 Grundgesetz nun im Hinblick auf die Ausgestaltung vor Ort zielgerichtet interpretieren oder umgestalten können, um vor dieser Vorgabe energetische Gebäudesanierung wegzukommen, dann kann ich keine Lösung anbieten. Ich kann in dem Zusammenhang nur auf ein weiteres Problem hinweisen, beispielsweise weil wir im Bereich des kommunalen Straßenbaus auch erheblichen massiven Modernisierungs- und Renovierungsbedarf sehen. Aber der kommunale Straßenbau ist nach § 104 b Grundgesetz nicht mitfinanzierungs-

pflichtig. Es gibt ja von kundigen Juristen nun die Auffassung, dass dann, wenn der Bund beisteuert und die Länder auch einen gewissen Anteil dazutun, auch dieser Landesanteil über § 104 b Grundgesetz infiziert sei, wovon wir ausgehen, dass dies nicht der Fall ist. Deswegen wäre hier im Zuge der weiteren Beratung für eine Klarstellung dahingehend dankbar, dass mit dem Landesanteil, mit den Ländermitteln diesen 3,3 Mrd. Euro natürlich auch Beiträge oder Maßnahmen gefördert werden können vor Ort, die aus Bundesmitteln selbst aufgrund von § 104 b nicht finanziert werden können. Zweiter Punkt in dem Kontext, wieder zurück zur Qualifizierung. Die Schulinfrastruktur soll ja saniert, modernisiert werden. Das bezieht sich sicher auf die staatliche Berufsbildungsinfrastruktur. In dem Kontext würden wir auch Ihr Augenmerk gerne auf die Notwendigkeit lenken, die Berufsbildungszentren im Handwerk auch zu den begünstigten Adressaten dieser Förderprogramme werden zu lassen.

Die **Vorsitzende**: Das ist leider noch ein bisschen komplizierter, weil wir bei Berufsschulen das gleiche Problem haben, aber das lasse ich jetzt mal.

SV Dr. Martin Wansleben (DIHK): Frau Bulmahn, Sie haben eben den Begriff mit den Schlaglöchern gehört. Renovierungsbedürftige Straßen, das ist das Problem. Wir brauchen keine Schlaglöcherbeseitigung, da müssen Engpässe weg. Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur. Schön können wir es uns dann machen, wenn wir wieder Geld verdienen. Ich will gern kurz auf das Thema eingehen. Ich finde es richtig und wichtig, um es deutlich zu sagen, dass wir auch die jetzige Krise und insofern auch das Konjunkturpaket nutzen, um das Thema Kurzarbeitergeld durchaus in ein Verhältnis zum Thema „Weiterbildung“ zu setzen - das ist überhaupt keine Frage. Ich halte es für despektierlich, darüber nachzudenken Kurzarbeitergeld oder Kurzarbeiten zu beantragen und die Leute einfach nach Hause zu schicken. Das passt nicht nur nicht in die Landschaft, sondern damit versündigen wir uns an alledem, was wir immer sagen. Wir wollen ja schließlich stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind. Ich halte dennoch, Frau Bulmahn, diesen Link zwischen 100 % Streichen der Sozialversicherungsbeiträge auf der anderen Seite mit den Weiterbildungsmaßnahmen für hochgefährlich. Sie bevorteilen einseitig die Unternehmen, die in der Lage sind, das mal eben mit Bordmitteln zu bewerkstelligen. Die Masse der Unternehmen, gehen Sie davon aus, 95 % haben Personalabteilungen, die überwiegend aus Personalakten, Verwaltungen bestehen. Da leben die Unternehmen davon, dass es gute Führungskräfte gibt, die das, was sie klassischer Weise unter Personalabteilung verstehen, letztendlich im Rahmen ihrer Führungsaufgabe mit erledigen. Die würden Sie im vornherein herausnehmen. Deswegen bin ich dafür, dass wir während der Phase ausprobieren, wie wir das Thema Weiterbildung erleichtern. Ich gehe erst mal zurück. Erstens: Kurzarbeitergeld lebt davon, es bezieht seine Attraktivität auch aus einer möglichst einfachen Beantragung. Das geht bis hin zu der Frage, ist der Arbeitsausfall eigentlich unvermeidbar oder nicht? Ganz pragmatische Ansätze brauchen wir, das ist viel wichtiger als alle anderen Überlegungen. Ich wiederhole mich und sage deutlich und bekenne mich dazu, wehe uns, wenn wir sagen, beim Kurzarbeitergeld ist alles möglich. Dämme sind gebrochen, alles auf null. Wir produzieren Mitnahmeeffekte, die uns teuer zu stehen kommen. Drittens: im Bereich der Weiterbildung haben wir in unserer Stellungnahme sehr viele „klein bei klein“-Vorschläge gemacht. Das haben wir bewusst gemacht, weil es da wie damals beim Ausbildungspakt, bei der Ausbildungseignerprüfung so etwas Ähnliches gibt. Das ist die Annerkennungs- und Zulas-

sungsverordnung für Weiterbildung (AZWV). So etwas gibt es alles im Bereich der Weiterbildung, da geht es um die Frage, welche Weiterbildungsträger darf man eigentlich engagieren, damit die BA das akzeptieren und dann die Weiterbildung bezahlen kann. All die ganzen Dinge, das ist unser ganz striktes Plädoyer, müssen wir jetzt, wie wir das damals im Ausbildungspakt erfolgreich gemacht haben, runterfahren auf pragmatische Größenordnungen, damit wir nicht nur politisch davon reden, dass Weiterbildung notwendig ist, sondern damit auch die Masse der Unternehmen einen leichteren Zugang hat. Ich möchte auch einen dritten Punkt erwähnen. Wir haben vorgeschlagen, dass man hinget und sagt: nicht nur die BA kann und muss begutachten, welche Weiterbildungsmaßnahmen es wert sind, sondern das können genau so gut auch Fachverbände, Handwerkskammern oder IHKs machen. Es gibt ja vergleichbare Konstellationen im Rahmen des Gründungszuschusses. Das heißt, man kann in Analogie gehen, man muss die Welt nicht neu erfinden. Ich glaube, dass das wichtiger ist als diese 1:1-Verbindung auf der Geldseite, vor der ich nur, Entschuldigung, dass ich das so deutlich sage, warnen kann.

SV Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Universität Mainz): Ich hoffe, Sie setzen nicht zuviel Hoffnung in mich, dass ich diesen gordischen Knoten lösen kann, den sie angesprochen haben. Es ist sicher so, dass es ökonomisch nicht sinnvoll ist, zu renovieren, wenn man lieber neu baut. Ich fürchte, ich muss die Frage letztlich an die Politik zurückgeben in der Hoffnung, dass ökonomische Absurditäten des Föderalismus in einem großem Aufwasch, wenn wir schon in der Lage sind mehrere Konjunkturpakete auf dem Weg zu bringen und Banken zu retten, auch solche Hindernisse im gleichen Schritt mitbeseitigt werden, in der Hoffnung, dass die Investitionen, die auf den Weg gebracht werden, möglichst effektiv sind.

Die **Vorsitzende:** Die Hoffnung teile ich, ich weiß aber nicht ob uns das gelingt. Jetzt machen wir weiter mit der Fraktion DIE LINKE..

Abge. Ulla Lötzer(DIE LINKE.): Ich würde gerne noch einen Gesichtspunkt ansprechen, der bisher so jedenfalls noch nicht angesprochen wurde und würde gerne Herrn Dr. Zwiener wie auch Herrn Dr. Hirschel vom DGB dazu befragen. Auf der kommunalen Ebene besteht ein enormer Investitionsbedarf, eben weil ein Teil der Binnennachfrage und die Binnenmarktstagnation, auch die Stagnation der öffentlichen Nachfrage auf dem Binnenmarkt langjährig war und andererseits auch die Kommunen hohe Ausfälle in Folge des Steuerpakets, des Steuerteils haben. Halten Sie das hinsichtlich des kommunalen Investitionsbedarfs für geeignet und wie wird sich das Ihrer Meinung nach die Mischung des Gesamtpaketes auf die kommunale Investitionstätigkeit auswirken?

SV Dr. Rudolf Zwiener (IMK): Auf diese Problematik haben wir am IMK schon aufmerksam gemacht und jetzt kommen wir wieder zurück zur Mischung dieses Konjunkturpaketes. Auf der einen Seite haben wir die Investitionsmittel, auf der anderen Seite die Steuersenkungen. Die Steuersenkungen führen genau dazu, dass auch auf kommunaler Ebene anschließend wieder Finanzmittel entzogen werden. Das geht weiter. Wenn man es etwas breiter fasst, haben wir auch die steuerlichen Maßnahmen mit der Pendlerpauschale. Die treffen auch wieder die Gemeinden, von daher fürchten wir, dass rein

rechnerisch zwischen einem Drittel dieses Jahr und der Hälfte der zusätzlichen Investitionsmittel, die vorgesehen sind für die Kommunen, dann faktisch den Kommunen wieder auf der Einnahmenseite entzogen werden. Da haben wir nicht mit eingerechnet, dass im Rahmen der staken Rezession die Kommunen unter zusätzlichen Finanzdruck kommen, sondern wir haben nur das Maßnahmenpaket an sich mit eingerechnet. Wenn wir eine Chance haben wollen, dass überhaupt nennenswerte zusätzliche Investitionen getätigt werden, brauchen wir eine deutlich bessere Unterstützung der Kommunen, im Zweifel von den Länderhaushalten, so dass die Kommunen überhaupt in der Lage sind, diese Investitionen durchzuführen. Ich habe vorhin diese Zahl genannt, dass es insgesamt, wenn man es rechentechnisch nimmt, sind es nur 20 Mrd. Euro an öffentlichen Investitionen, die eigentlich vorgesehen sind in diesen ganzen Paketen. Von diesen zwanzig Milliarden können wir davon ausgehen, dass ein Teil faktisch auf kommunaler Ebene Mitnahmeeffekte sind. Dass es Investitionen sind, die im Zweifel schon geplant wurden, wo man eine günstige Finanzierung findet. Das ist realistisch. Von daher ist dieser Zusatzeffekt nicht so hoch. Er werden nicht 20 Mrd. Euro zusätzlich sein. Wenn ich jetzt noch diese Einschränkung habe, dass ein Teil der Kommunen das gar nicht finanzieren kann, dann werden wir mit einem relativ geringen Zusatz an Investitionen herauskommen. Letzter Punkt: hier wird immer gesagt, es ist eine Investition in Bildung, diese Sanierung von Schulgebäuden und solchen Einrichtungen, an die ist ja gedacht. Das ist sicherlich total vernünftig und sinnvoll. Bildung verlangt aber noch ein bisschen mehr. Bildung verlangt eigentlich, wenn ich ein vernünftiges Paket mache, dass ich gleichzeitig vorsehe, dass auch auf Landesebene zusätzlich Lehrer und Kräfte in den Kindergärten eingesetzt werden. Das ist dann wirklich Bildung und nicht sozusagen nur die reine Sanierung.

SV Dr. Dierk Hirschel (DGB): Ich möchte einige Ergänzungen machen, ich kann mich weitgehend dem anschließen, was Kollege Dr. Zwiener eben dargestellt hat. Das zeigt noch mal, dass das Element der Steuernabgabensenkung in diesem zweiten Konjunkturpaket absolut kontraproduktiv ist, weil dadurch die positiven Effekte, die der Anstieg der öffentlichen Investitionen, die in diesem Konjunkturpaket enthalten sind, konterkariert werden. Das ist auch unsere Befürchtung, dass dadurch der Effekt, der ursprünglich eingeplant war, minimiert wird und wir faktisch ein geringeres öffentliches Investitionsvolumen durch dieses zweite Konjunkturpaket generieren. Das ist vor allem auch vor dem Hintergrund bedauerlich, wenn man sich das im internationalen Vergleich betrachtet. Die öffentliche Investitionsquote liegt gegenwärtig in Deutschland bei 1,5 %. Der europäische Durchschnitt liegt bei 2,5 %. Da sieht man den Nachholbedarf. Dieses eine Prozent umfasst etwa 24 Mrd. Euro, was jährlich mehr investiert werden müsste, um auf den europäischen Durchschnitt zu kommen. Wir müssen uns jetzt vor Augen halten, dass in dieser historischen Krise innerhalb dieses Landes ein Umdenken notwendig ist. Wir werden diese starke pathologische Exportlastigkeit nicht mehr durchhalten können, weil uns im Ausland niemand mehr die Waren abkaufen wird. Die Vereinigten Staaten werden nicht mehr in dem Maße deutsche Waren und Dienstleistungen absorbieren können, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Das heißt, wir brauchen eine stärkere Binnenmarktorientierung des Wirtschaftens in Deutschland und das hat natürlich auch zur Folge, dass der ganze öffentliche Bereich ausgebaut werden muss und das hat eben auch zur Konsequenz, dass die öffentlichen Investitionen in Bildung, in Umwelt, in die Infrastruktur deutlich erhöht werden müssen. Da ist ein richtiger Schritt gemacht wor-

den mit den kommunalen Investitionen, bedauerlicherweise ist es im Rahmen des politischen Kompromisses, der geschlossen wurde durch die Steuersenkungen, teilweise wieder kassiert worden.

Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann da gut noch mal nachhaken und frage Herrn Dr. Zwiener noch einmal zu den kommunalen Investitionen auf der einen Seite und die Steuermittel, die dann auf der anderen Seite fehlen. Könnten Sie das noch mal quantifizieren, wie viel das ist, wie viel auf der einen Seite gegeben wird, das wissen wir und wie viel auf der anderen Seite nach ihren Schätzungen, dann wieder den Kommunen fehlen, um den Saldo zu wissen? Zweite Frage dazu: wenn ich das in Ihrer Stellungnahme richtig in Erinnerung habe, haben Sie die Berechnungen so durchgeführt, dass das Geld komplett bei den Kommunen ankommt. An ein paar anderen Stellen sprechen Sie von optimistischen Annahmen, haben Sie auch ein pessimistisches Szenario gerechnet, wie sähe das aus? Dritte Frage noch einmal im Nachgriff zu dem, was Frau Professor Weder di Mauro vorhin sagte. Sie sagte, dass bei den Steuersenkungen möglicherweise der kurzfristig etwas geringere Multiplikatoreffekt langfristig durch langfristige Wachstumsimpulse ausgeglichen werden könnte. Sehen Sie das auch so, dass durch die Steuersenkung langfristige Wachstumsimpulse entstehen könnten, die vielleicht sogar stärker sind als die von Investitionen?

SV Dr. Rudolf Zwiener (IMK): Vielleicht zuerst zu Ihrer letzten Frage. Steuersenkungen, von denen man Wachstumseffekte verspricht versus Investitionsausgaben in einer konjunkturellen Krise. Da sehe ich das ganz eindeutig, dass die Investitionsausgaben weit überlegen sind. Investitionsausgaben sind nachfrageautomatisch und sind auch Nachfragen, die zu einem höheren Anteil inlandswirksam werden als Steuersenkungen, die entweder gespart werden oder zum Teil auch in einem höheren Maße in Importe hineingehen. Von daher: Investitionsausgaben sind eindeutig überlegen und haben auch den Vorteil, dass sie das Produktionspotenzial der Wirtschaft erhöhen.

Bei Steuersenkungen muss ich nur darauf hoffen, dass es zu zusätzlichen Ausgaben führt. In einer Phase, wo ich eine Nachfrageschwäche habe, ist es fraglich, ob ich mit Steuersenkungen im Unternehmensbereich dann auch tatsächlich zusätzlich Ausgaben generieren kann. Das, was wir empirisch wissen, bestätigt uns das nicht.

Zurück zu ihrer ersten Frage. Wir haben versucht, in Bezug auf dieses Konjunkturpaket II die Ausfälle für die Kommunen zu quantifizieren. Allein aufgrund der Steuerkomponenten und der Pendlerpauschale des kommunalen Finanzausgleichs erwarten wir Steuermindereinnahmen bei den Gemeinden in der Größenordnung von 2,7 Mrd. Euro in diesem Jahr und 3,4 Mrd. Euro im nächsten Jahr. Also für dieses Jahr wären das ungefähr 30 %, für nächstes Jahr wären das ungefähr 45 % dessen, was wir eigentlich an Zusatzausgaben unterstellt haben im kommunalen Bereich. Das ist eine echte Finanzierungslücke für Kommunen, die nur begrenzten Möglichkeiten haben, an Kredite heranzukommen. Wenn dieses Programm ein Erfolg werden soll und dafür sind wir natürlich, dann muss es eine stärkere Kofinanzierung geben, was diese Steuerausfälle angeht von Seiten des Bundes und der Länder, sonst kann das nicht umgesetzt werden. Dann ist ein ganz wesentliches Element des ganzen Konjunkturpakets noch einmal deutlich in seiner Wirkung abgeschwächt.

Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte noch die Frage gestellt, ob Sie auch mal ein Szenario mit eher nicht so positiven, optimistischen Annahmen gerechnet haben, wie dieses aussieht.

Die **Vorsitzende:** Die langfristigen Wachstumseffekte.

Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Professor Weder die Mauro war der Meinung, vielleicht kann sie das auch selber noch mal sagen, dass wenn man eine geringere Steuerquote hat, dadurch langfristig Wachstumseffekte entstehen könnten. Das ist auch eine Argumentation, die man häufig hört. Sehen Sie das vor empirischen Hintergründen auch so?

SV Dr. Rudolf Zwiener (IMK): Nein, eindeutig nicht. Da muss ich noch einmal aufgreifen, was Herr Dr. Hirschel gesagt hat. Deutschland ist im internationalen Vergleich mit seiner Investitionsquote stark zurückgefallen. Zu einer leistungsfähigen Gesellschaft und Ökonomie gehört eben auch ein Mindestmaß an öffentlicher Infrastruktur und das müssen wir überhaupt erstmal erreichen. An der Stelle würde ich mir von einem nennenswerten Investitionsprogramm, das auch wirklich faktisch umgesetzt werden kann auf kommunaler Ebene, langfristige Wachstumseffekte versprechen, darauf kann man setzen. Das ist sicherer in der jetzigen Situation, als zu versuchen über Steuersenkungen, deren Wirkung gerade in der jetzigen Phase ganz schwer einschätzbar ist, hier auf Multiplikatoreffekte zu setzen. Steuersenkungen können überhaupt aus meiner Sicht nennenswert wirken, wenn wir ein Nachfragepaket haben, was viele Länder gemeinsam machen. Dann kann ich die Hoffnung haben, dass das, was dann konsumtiv wirkt, was zusätzlich Importe bewirkt, dass dann, wenn es in anderen Ländern ebenfalls gemacht wird, Deutschland darüber auch profitieren wird. In so einer koordinierten Maßnahme wird der Multiplikator von Steuersenkungen etwas höher und unterscheidet sich nicht mehr so dramatisch, von Multiplikatoren von Investitionen.

Abge. Lena Strothmann (CDU/CSU): Ich habe unter dem Aspekt, wir wollen gestärkt aus der Krise hervorgehen, also das Konjunkturprogramm darf und soll kein Strohfeuer sein, habe ich einige Fragen und zwar zunächst einmal zu der Wirksamkeit der Umweltprämie und zwar an Handel und Handwerker, Dr. Wansleben. Sie haben eben schon gesagt, lassen sie uns das eben erst mal wirken, das läuft ja ganz gut, aber ich würde da gerne erstmal noch ein bisschen mehr in die Tiefe gehen. Herr Dr. Barthel, von Ihnen hätte ich auch gerne eine Einschätzung dazu. Es ist ja so, dass die Nachfrage, im Moment unbestritten groß, aber der Boom der letzten Woche schon bisschen abgeflaut ist. Ich habe so ein paar Autohäuser in der letzten Woche besucht, da wurde es schon ein bisschen ruhiger. Auf der anderen Seite können wir uns ja freuen, wenn das gut läuft. Die Frage ist, es werden jetzt hauptsächlich Kleinwagen vom Hof verkauft, überwiegend ausländische. Die Frage ist, laufen unsere Bänder in der Industrie dann bald wieder schneller, wie hängt das zusammen, kriegen wir das hin damit? Deutsche Mittelklasseproduzenten profitieren jetzt nicht so sehr von der Umweltprämie, die beginnen jetzt mit Superpreisschlachten sich gegenseitig zu übertreffen. Die Frage ist, was bleibt dabei hängen? Beim Handwerk ist es ja so, wenn der Verbraucher jetzt seinen alten Wagen gegen einen neuen Wa-

gen umtauscht, was tun die Werkstätten dann in Zukunft? Ist da dann irgendwann: was des einen Vorteil, ist des anderen Nachteil?

Meine zweite Frage unter dem Aspekt, gestärkt aus der Krise hervorgehen, ist die Frage an Herrn Dr. Schnappauf. Was tut jetzt die Industrie, um auch gestärkt aus der Krise hervorzugehen? Wir haben Elektroautos, wir haben Hybrid. Der Vorwurf ist ein bisschen auch, da wurde zu wenig gemacht, was passiert da jetzt, können wir mit Beschleunigung rechnen, wie kommen jetzt Verbraucher, die Hersteller und die Umwelt zusammen an die neuen Modelle, die ja durchaus da und sehr teuer sind?

SV Dr. Martin Wansleben (DIHK): Frau Strothmann vor wenigen Wochen hätte ich noch gesagt, lasst das Thema komplett sein. Das kann nicht gut gehen, das kann nicht gut gehen. Es kann nicht gut gehen allein schon, weil ich dem Kunden suggeriere, kaufe erst, wenn du ein Schnäppchen machen kannst. Machen wir uns nichts vor, wir leben hier: also Schnäppchenjäger werden irgendwann selbst zum Schnäppchen. Das heizen wir zusätzlich an, das muss man wissen. Jetzt ist die Frage, meines Erachtens kriegen sie das nicht mehr aus der Welt heraus, weil es schon läuft. Das heißt also, jetzt über die Abwrackprämie, also allein dieser Begriff als leidenschaftlicher Autofahrer schüttelte ich mich da, wenn wir die jetzt abschaffen oder darüber diskutieren, großartig bricht das zusammen, was es sich ein bisschen aufgebaut hat. Deswegen sage ich, die Diskussion hätte man früher führen müssen, der Käse ist jetzt gegessen. Das mit dem Ausland, wir setzen ja alle darauf, Herr Professor Bofinger hat das ja nicht zuletzt deutlich gemacht, dass jetzt alle Konjunkturmaßnahmen machen und des einen Import ist des anderen Export. Wir können hier eigentlich nur hoffen, dass viele Anfragen jetzt angeregt werden und dann am Ende auch unsere Maschinen. Denken sie mal an die USA, auch da nannte Herr Professor Bofinger die Beispiele, dass die jetzt nachgefragt werden. Ich finde es bemerkenswert, wenn ich das sagen darf, dass diese Diskussion „German buy German“ in Deutschland so nicht aufgekommen ist. Am Beispiel der Abwrackprämie. Jetzt, wo es so ist, steht es uns auch gut zu Gesicht, das so zu akzeptieren. Die Mittelklasse und die Oberklasseautomobilfirmen, der Kern eigentlich unserer Automobilindustrie, die haben nach wie vor das Problem, die können ihr Problem nur lösen durch entsprechende Produkte. Sie haben Herrn Dr. Schnappauf dazu gefragt, das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein. Ich befürchte, um es abschließend zu machen, dass durch die Abwrackprämie die Preisschlacht angeheizt worden ist. Ich glaube aber, wenn wir ganz ehrlich sind, ist sie nicht die Ursache für die Preisschlacht. Insofern ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage völlig aus dem Lot gegangen. Vielleicht ist jetzt ein Knoten geplatzt durch die Umweltdiskussion, aber eigentlich bahnt sich das schon seit langem an. Wer die Einstellung zu Autos von jüngeren Leuten kennt, der ahnt, was da noch an Umstrukturierungsmaßnahmen oder an Anpassungsmaßnahmen oder an Anpassungsprozessen auf uns zukommt. Entweder haben sie kein Auto oder sagen, Hauptsache vier Räder, es fährt, der Tank ist voll und Ende.

SV Dr. Alexander Barthel (ZDH): Frau Strothmann, Sie sprachen gerade auf einen eventuellen Zielkonflikt an, das ist auf der einen Seite, was das Handelsgeschäft auch im Kfz-Gewerbe befördern kann, was auf der anderen Seite das Werkstattgeschäft etwas nachteilig beeinflussen könnte. Dieser Zielkonflikt war nicht ganz von der Hand zu weisen, aber auch nach intensiven Diskussionen gerade auch im entsprechendem Fachverband hat man sich gleichwohl dazu entschlossen, der Umweltprä-

mie eine deutliche, eindeutige Zustimmung zu geben, weil man feststellt, dass die Impulse, die zusätzlichen Umsätze weit über dem liegen, was man zunächst erwartet hatte. Man setzt natürlich auch darauf, dass ein acht- oder neunjähriger Wagen noch ab und zu in die Werkstatt muss, so dass die diesbezüglichen möglichen dämpfenden Maßnahmen für den Werkstattbereich bei weitem nicht zu gravierend eingeschätzt werden als das, was im Handelsbereich zusätzlich gewonnen werden kann. Aber auch ebenso psychologisch nachteilig wird im Handwerk momentan festgestellt, dass es ja nur für Privatpersonen und PKW gilt. Diesbezüglich würde ich gerne diese Gelegenheit ergreifen, darauf hinzuweisen auch im Sinne, dass wir nachher stärker herauskommen sollen, als wir vorher hineingekommen sind, dass auch der Nutzfahrzeugbestand nicht nur im mittelständischen Handwerk einer dringenden Erneuerung bedarf, gerade auch aufgrund umweltschutzrechtlicher Vorgaben wie Feinstaubrechtlinie, Umweltzonen, was da alles damit zusammenhängt. Ich ergreife gerne die Gelegenheit dazu und möchte darauf hinweisen, dass mindestens genauso viel Umwelt, Klima, Wachstumsimpulse gesetzt werden könnten, wenn auch der Bereich der betrieblichen Nutzfahrzeuge und der betrieblichen Personenkraftfahrzeuge in den Genuss einer entsprechenden adäquaten Unterstützung kommen könnte.

SV Dr. Werner Schnappauf (BDI): Frau Strothmann Sie haben noch mal gefragt, wie kommen wir gestärkt heraus aus der Krise. Zunächst glaube ich, gehen wir rein in die Krise oder sind wir reingegangen in die Krise in einer besseren Ausgangsposition der deutschen Wirtschaft, der deutschen Industrie als viele andere. Es zeigt sich jetzt, glaube ich, dass die Industrie ein stabilisierender Faktor ist. Was so vielfach abgeschrieben war als „Old Economy“ zeigt jetzt, dass es Verlässlichkeit bietet, Arbeitsplätze sicherer sind als in den Ländern, die ihre Dienstleistungsanteile, Finanzdienstleistung beispielsweise ad ultimo hochgezogen haben. Also insofern glaube ich, ist die deutsche Industrie ein guter, positiver, stabilisierender Faktor und die Unternehmen selbst sind heute innovativer, exportorientierter, besser mit Eigenkapital ausgestattet als vor Jahren, sodass die Ausgangsbasis gut ist. Die Kernfrage, die Sie stellen, wie können wir die Krise auch als Chance nutzen, dass wir am Ende hineingehen in eine wirtschaftliche erfolgreiche und möglichst noch erfolgreichere Zukunft, hängt eng mit den Stichworten Bildung, Forschung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung, neue Technologien, Innovationsfähigkeit ausbauen zusammen, so dass wir also bei den Maßnahmen, die jetzt auch im Paket mit angelegt sind, Ausbaubildungsinfrastruktur beispielsweise, den Sockel schaffen für ein höheres, für ein wettbewerbsfähiges Wachstum in Zukunft.

Die Schritte die auf dem Weg zu machen sind, sind vielfach kleine Schritte, aber wichtige. Ich nenne mal zwei, drei Beispiele. Bei der letzten Unternehmenssteuerreform ist die Zinsschranke festgelegt worden, die jetzt in der Zeit der Krise krisenverstärkend wirkt und gerade größere Unternehmen ganz erheblich belastet. Diese Zinsschranke zu beseitigen, wäre ein ganz wesentlicher Punkt, um den Unternehmen zu helfen, in der Krise zu bestehen und schnell und gestärkt aus der Krise herauszukommen.

Zweiter Punkt, in dem Konjunkturprogramm II ist die Aufstockung des zentralen Innovationsprogramms Mittelstand vorgesehen, ZIM abgekürzt, wie wir alle wissen, fördert ZIM aber nur F- und E-Vorhaben für mittelständische Betriebe bis 250 Beschäftigte. Das Thema ist für den Mittelstand ein wichtiger Schritt. Ich denke, dass wir alles tun sollten, um einerseits den Mittelstand zu helfen, aber

auch insgesamt über den Mittelstand hinaus, Forschung und Entwicklung zu pushen. Denn wir werden in dem globalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn wir auf neuste Technologien auf F- und E-getriebene wissensbasierte Innovationen kommen. Das heißt, eine nochmalige Befassung mit dem Thema steuerliche Forschungsförderung halten unsere Unternehmen für ganz entscheidend, um die F- und E-Ausgaben bei allen Unternehmen, ob nun unter oder über tausend Beschäftigte zu pushen.

Dritter Punkt, Frau Vorsitzende, Sie haben das mit Ihrer Frage vorhin angesprochen, Sie hatten nach WTO und nach Welthandel gefragt. Ich glaube bei allem, wenn auch kritische Töne von den Sachverständigen zu hören waren zur Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft, speziell der deutschen Industrie, hat gerade der Export in den letzten Jahren den Aufschwung in Deutschland maßgeblich getrieben und zwar der Export von Industriegütern. Es sind dadurch hunderttausende von neuen Jobs entstanden und wenn man sich das überlegt, dass wir als relativ kleines Land einen Anteil von 10 % der Industriegüter, Produktionen der Welt haben, dann kann uns das auch mit Stolz auf die Hersteller, auf die industrielle Produktion verbinden. Damit will ich sagen, dass Deutschland - wie vielleicht kein zweites Land in der Welt - von offenen Grenzen, von freiem Handel, von Investitionsfreiheit profitiert. Deshalb müssen wir ein Interesse daran haben, die Welthandelsverhandlungen, die Doha-Runde, schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Auch das wäre ein dritter ganz konkreter Punkt. Generalsekretär Pascal Lamy war vergangene Woche in Berlin und es könnte sich, sobald die amerikanische Administration nun voll etabliert ist, ein Zeitfenster ergeben im Frühsommer, wo wir diese sieben Jahre dauernde Doha-Runde zum Abschluss bringen könnten. Das wäre etwas, das flankierend zum Konjunkturprogramm II, auch einen wichtigen Beitrag leistet, um gestärkt aus der Krise herauszukommen. Weil Deutschland, die deutsche Wirtschaft, die deutsche Industrie brauchen offene Märkte, brauchen freien Handel. Mit diesen drei konkreten Beispielen will ich noch einmal auf das Summary kommen. Wir haben in den letzten 20 bis 30 Jahren einen Wachstumspfad gehabt, der nicht über die 1,5 % im Schnitt hinausgekommen ist. Wenn ich jetzt die Neuverschuldung sehe, die angesichts der Krise auch von uns für vertretbar gehalten wird, erst recht in Verbindung mit einem Tilgungsplan, der deutlich macht, dass auch Vertrauen in die Rückzahlbarkeit und die Rückzahlung, die tatsächliche Rückzahlung gegeben ist, werden wir nur dann von den künftigen Generationen diese enormen Schuldenlasten nehmen können, wenn wir auf einen höheren Wachstumspfad kommen. Wenn das Wachstum sich weiterhin in derart niedrigen Bereichen von 0,5 %, 1 %, oder 1,5 % bewegt, dann wird die Rückzahlung von Schulden, die Investition in Neues, in Bildung, in Technologie etc., uns sehr schwer fallen. Deshalb glaube ich, ist die Verstetigung der Investitionen in Bildung und Forschung ein ganz zentrales Anliegen, um gestärkt aus der Krise herauszugehen und nachher einen höheren Wachstumspfad zu haben als vorher.

Abge. Lena Strothmann (CDU/CSU): Ich habe noch eine Nachfrage Herr Dr. Schnappauf, Sie haben den Ball jetzt so ein bisschen zurückgespielt - mit Verlaub. Die Frage war sehr konkret. Was tut jetzt die Industrie, ich meine, die Politik kommt der Industrie entgegen und forciert einiges und bringt etwas auf den Weg. Was tut die Industrie, damit wir da in der Zukunft mit der neuen Technologie vorankommen? Das war die konkrete Frage.

Die **Vorsitzende**: Vielleicht noch einmal konkretisieren, wir haben gesagt, zwei Drittel von drei Prozent F- und E-Ausgaben oder 3 % des Bruttoinlandsprodukts für F und E, 2 % müssen von der Industrie erbracht werden.

SV Dr. Werner Schnappauf (BDI): Wir sind heute schon in etwa bei dieser Aufteilung von 2:1. Insofern ist es ein ureigenes Anliegen der Industrie, auf die Steigerung der Ausgaben von F und E zu kommen. Ich denke, dass darüber hinaus die Industrie einen wichtigen Beitrag leistet, indem sie Beschäftigung sichert, auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, ihre qualifizierten Kräfte hält.

Da sind wir dann ganz schnell bei den flankierenden Maßnahmen, Kurzarbeitergeld, wie vorhin diskutiert, dass die Industrie auf die Technologiegetriebenheit ihrer Produkte geht. Sie hatten das ja am Beispiel Automobilindustrie deutlich gemacht. Ich glaube, die deutsche Industrie ist auch und gerade im Automobilbau führend in der Welt. Wir sehen es nicht nur vor dem Hintergrund, Probleme bei GM und Chrysler als Beispiel. Wie innovativ deutsche Technologie ist, ob jetzt beim Antrieb oder bei dem Kraftstoffmix. Was auch immer man zugrunde legt, die deutsche Automobilindustrie ist heute mit den Fahrzeugen bereits auf der Spur, die Herausforderung von morgen aufzunehmen. Ich glaube, wenn ich in die Unternehmen hineinblicke, was derzeit an Aktivitäten läuft, um den Kraftstoffverbrauch weiter zu verringern, um die Energieeffizienz weiter zu steigern, um mit neuen Konzepten zum Beispiel im Bereich der Elektromobilität, die Klimaherausforderung anzunehmen, dann zeigt es, dass die Industrie aus ureigenem Antrieb, das sind ja Budgets im dreistelligen Millionenbereich pro Unternehmen, die in die Forschung investiert werden, um das, was jetzt so an Knoten geplatzt ist oder geplatzt zu sein scheint. Die Klimaherausforderung, die Mega-Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte ist, dass ich also nachhaltige Mobilität betreiben muss, das ist von den Unternehmen erkannt worden und wird in ganz konkretes Investment in ihren F- und E-Budgets deutlich, also insofern ist das Eigenengagement der Wirtschaft, glaube ich, über alle Maßen sichtbar und bin dankbar, dass Sie noch einmal nachgefragt haben, weil so notwendig staatliches Handeln in dieser krisenhaften Situation ist, so klar muss auch sein, dass der Staat allein die Lösung der Probleme nicht herbeiführen kann, sondern dass das ein Engagement der Unternehmen und der Arbeitnehmer gemeinsam erfordert, letzten Endes der Wirtschaft und des Staates, um aus der Krise herauszukommen, wie Sie in ihrer Frage gesagt haben, auch gestärkt herauszukommen. Das kann nur eine Gemeinschaftskraftanstrengung sein. In der Krise Feuerwehrfunktion des Staates ja, Unternehmensbeteiligungen an den Unternehmen klares nein, so dass wir auch die Grundregeln von Markt und Staat auch in der Krisenbewältigung vor Augen haben und damit auch im klaren ordnungspolitischen Kompass verfolgen, um langfristig dem Standort eine gute Perspektive zu geben.

Die **Vorsitzende**: Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich die heutige Anhörung schließen. Sie haben uns, denke ich, in der Beratung des vorliegenden Paketes noch einmal wichtige Hinweise gegeben, mit denen wir die Effektivität und die Wirkung dieses Paketes verstärken können. Ich glaube gerade das, was Sie, Herr Dr. Schnappauf zum Ende gerade noch einmal gesagt haben, dass es wirklich darauf ankommt, dass wir diese Krise auch so begreifen, dass sie uns auch einige Chancen gibt. Ich glaube, in diesem Verständnis und in diesem Sinne werden wir uns jedenfalls be-

mühen, das Unsere dazu zu tun, dass es gelingt. Deshalb noch einmal herzlichen Dank für die Beratung.

Ende der Sitzung: 14:21 Uhr

Zo/Pu/KI/Tr/Je/Mi/Fl